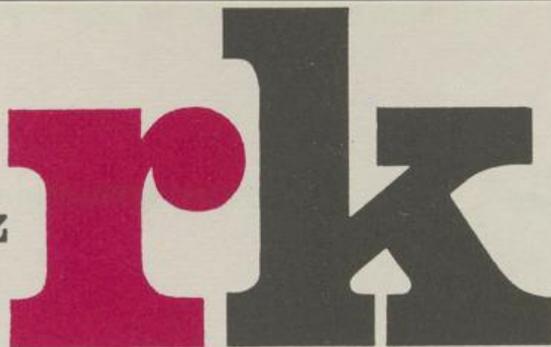


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 18. Februar 1983

Blatt 424

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Gemeinderat
(rosa) Intensiv-Förderungskurse für Schwerstbehinderte
Endgültiges Ergebnis der Volkszählung 1981

Lokal: Wiens neue Rodelbahn liegt am Laaer Berg
(orange)

Nur
über FS: Hetzendorfer Pelzmodelle beim Kürschnerball
Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters
Baracke in Brand geraten

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

1 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates wurde unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) mit der Fragestunde eingeleitet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), was unternommen wird, um die 397 freien Dienstposten bei den Wiener Stadtwerken ehestens zu besetzen, antwortete StR. Ing. HOFMANN, daß eine Informationsaktion geplant ist, und eine Kontaktaufnahme mit der Magistratsabteilung 2 erfolgte, um weiteres Personal aufzunehmen. Die Überstundenleistungen haben sich zu einem Großteil verringert, da termingebundene Arbeiten erledigt sind und wegfallen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die Arbeitsmarktverwaltung nicht in der Lage sei, Dienstposten zu vermitteln, stellte StR. HOFMANN fest, daß eine wesentliche Reduzierung des Personalunterstandes bereits erfolgt sei. Nur in der Sparte des Fahrdienstes gibt es noch offene Stellen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob sich StR. Hofmann an den Sozialminister wenden wird, mit der Bitte, Arbeitssuchende an die Wiener Stadtwerke zu vermitteln, stellte StR. Hofmann fest, daß eine Kontaktaufnahme mit der Arbeitsmarktverwaltung bereits erfolgt sei.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ), welche Maßnahmen auf dem Sektor Verkehrsberuhigung 1983 gesetzt werden, unterschied StR. Hofmann zunächst zwischen den definitiv ausgestalteten Fußgängerzonen und den provisorischen Maßnahmen, die auf die Wünsche der Bezirksvertretungen zurückgehen. Von 50 möglichen Maßnahmen wurden 20 bereits realisiert, insgesamt wurden für die Verkehrsberuhigung im Vorjahr 45,4 Millionen beantragt. 1983 werden in nahezu allen Bezirken Wiens Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung getroffen. Die Bevölkerung wird darüber informiert. Sollte sich die eine oder andere Wohnstraße als unzweckmäßig er ergeben, wird der frühere Zustand wieder hergestellt.

(Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

2 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP), ob geplant ist, zwischen dem Hietzinger Friedhof und der Maria Theresien-Kaserne ein Blockheizwerk zu errichten, antwortete StR. VELETA, daß für dieses Gebiet einige Varianten ausgearbeitet werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wo das Blockheizwerk errichtet werden soll, verwies StR. Veleta auf die drei möglichen Standortbestimmungen der Studie: eine Möglichkeit wäre, ein Blockheizwerk direkt auf dem Areal der Maria Theresien-Kaserne, die zweite Möglichkeit wäre eine Erweiterung der bestehenden Kesselhausanlage des ORF und als dritter Standort käme ein Areal zwischen der Maria Theresien-Kaserne und dem ORF in Frage. Derzeit erscheint die Variante zwei am ehesten möglich. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob auch die dritte Variante noch in Betracht gezogen wird, und wann mit einer Realisierung zu rechnen sei, sagte StR. Veleta, daß derzeit intensive Verhandlungen mit dem ORF geführt werden, ein genauer Zeitpunkt zur Realisierung kann noch nicht angegeben werden. Das Ziel sei eine Einigung der Heizbetriebe Wien mit dem ORF. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

3 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Die VIERTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. DDr. STRUNZ (ÖVP), wieviele Zwischenfälle bei der EBS im Jahr 1982 ein Einschreiten der Feuerwehr notwendig gemacht haben, wird wegen Erkrankung des Antragstellers auf schriftlichem Wege beantwortet.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. HIRSCH (SPÖ), ob sich die sogenannte Straßenmusikverordnung bewährt hat, sagte StR. Dr. ZILK, daß durch die Verordnung die Frage der Straßenmusik in bezug auf Zeit, Ort und Form zufriedenstellend geordnet werden konnte.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die Bundespolizeidirektion in den Jahren 1981/82 ein Überhandnehmen von Bettelmusikanten und Gammlern bemerkt hat, sagte Zilk, daß hier zwei Problemkreise angesprochen werden. Zum ersten die Frage der Straßenmusik, die, wie schon gesagt, zufriedenstellend geordnet werden konnte, und zum zweiten das Problem der "Nicht Seßhaften". Nach Mitteilung der Bundespolizeidirektion stellt die Straßenmusik kein Problem dar. Auf Einzelpersonen, wo das Musizieren Erwerbscharakter annimmt, sind die Steuerbehörden aufmerksam gemacht worden. Im übrigen bejahen rund 80 Prozent der Bevölkerung die Straßenmusik.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, warum die Verordnung heuer schon ab 1. Jänner wirksam gemacht wurde, und ob es eine diesbezügliche Absprache mit der Bezirksvertretung gegeben hat, sagte Zilk, das Inkrafttreten der Verordnung ab Jänner sei wegen des milden Wetters erfolgt. Im übrigen sei die Verordnung in Übereinstimmung mit dem Bezirksvorsteher in Kraft gesetzt worden. Wie schwer einem manchmal der Konsens gemacht werde, zeigten die Angriffe in der ÖVP-Zeitung "City-Wien", die trotz dieser Übereinstimmung gegen die Straßenmusik unternommen wurden. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. ROSENBERGER (SPÖ), ob die Stadt Wien die Absicht hat, gemeindeeigene Siedlungshäuser an deren Mieter zu verkaufen,, sagte StR. HATZL, das sei nicht der Fall.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Konsequenzen ein derartiger Verkauf hätte, sagte Hatzl, dadurch würden zwei Klassen geschaffen: jene, die genügend Geld zum Ankauf hätten, und die anderen die die Mittel nicht aufbringen könnten. Größere Probleme würden auch bei der Einhebung der Betriebskosten und Steuern entstehen, da die Anlagen eine wirtschaftliche Einheit sind. Letzten Endes würde durch eine derartige Politik auch das Angebot der Stadt Wien für Wohnungswerber verknappt werden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, was von einem Brief der ÖVP an die Mieter von Siedlungshäusern zu halten sei, in dem auf die Vorteile im Bezug auf die Übertragbarkeit und Verwertbarkeit der Häuser bei einem Ankauf hingewiesen wird, sagte Hatzl, daß das Eintrittsrecht für die Kinder auch bei der Hauptmiete gesichert sei. Die bessere Verwertbarkeit könne man nur als Aufforderung zur Spekulation verstehen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. KUCHAR (FPÖ), wieviele unvermietete Wohnungen der Stadt Wien seit Anfang 1983 angeboten wurden, um von der Abgabe auf unvermietete Wohnungen befreit zu werden, gab Wohnbaustadtrat HATZL (SPÖ) die Zahl mit 29 an.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieviele unvermietete Wohnungen zur Weitervermietung gemeldet wurden, verwies StR. HATZL auf die Beantwortung der Anfrage, die Zahl beträgt 29.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wieviele unvermietete Wohnungen besteuert werden, betonte StR. HATZL, daß diese Antwort nur vom Finanzressort gegeben werden könne.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. RAUTNER (SPÖ), ob die Stadt Wien die im Bereich des Wohnbaues vorgesehenen Beträge 1982 ausgeschöpft habe, gab StR. HATZL bekannt, daß die Mittel im Vorjahr sogar überschritten wurden. Im Bereich des Personalwohnbaus wurden fünf Millionen mehr ausgegeben, beim städtischen Wohnhausbau fast drei Milliarden. Diese Beträge wurden 1982 bauwirksam. Die Inanspruchnahme des Sonderwohnbauprogrammes des Bundes hat es ermöglicht, daß im Vorjahr insgesamt mehr als 8.200 Wohnungen gefördert werden konnten. Auch im Bereich der Wohnhäusererhaltung wurden die Budgetansätze und die Zusatzkredite voll ausgenützt.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie sich das beschäftigungspolitisch ausgewirkt habe, sagte StR. HATZL, daß es auf den Baustellen nahezu tausend Beschäftigte mehr gab. Auch Kündigungen wurden zurückgezogen. Die Bauprogramme wurden so ausgelegt, daß eine Winterbeschäftigung möglich ist. Mit Jahresende waren 7.200 Wohnungen in Bau, das sind 700 mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, das brachte auch eine Steigerung der Beschäftigungszahlen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es abschätzbar sei, wie sich das Sonderprogramm im Baubereich auswirkt, stellte StR. HATZL fest, daß die Wiener Entwicklung weitaus günstiger sei, als in anderen Bundesländern. Auch heuer werden zusätzliche Impulse gesetzt. 1983 werden um 300 Wohnungen mehr gefördert, als ursprünglich beabsichtigt. Das ist eine wichtige Steigerung, die rasch bauwirksam sein wird. Auch im Bereich der Instandsetzung der städtischen Wohnhäuser werden Arbeiten vorgezogen. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dr. KRASSER (ÖVP), welche Ansprüche Dr. Freudenreich anlässlich seines Ausscheidens als Leiter der begleitenden Kontrolle beim AKH zustehen, antwortete StR. MAYR, Dr. Freudenreich sei nicht beim AKH, sondern bei der VAMED Chef der begleitenden Kontrolle. Dort habe er einen Konsulentenvertrag, in dem für den Fall der Auflösung keine Ansprüche auf Abfindung oder Pension vorgesehen sind.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob Dr. Freudenreich anlässlich des Ausscheidens als Generaldirektor der AKPE eine Abfertigung zustehe, antwortete StR. MAYR, das sei nicht der Fall.

Auf die ZWEITE ANFRAGE, wie sich jetzt die begleitende Kontrolle zusammensetze, antwortete StR. Mayr, sie sei unverändert, Dr. Freudenreich übe nach wie vor seine Funktion aus. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Maria KUHN (SPÖ), welche Vorleistungen der Stadt Wien bei der Errichtung der U-Bahnlinien U 3 und U 6 vom Bund anerkannt wurden, antwortete StR. MAYR, wesentliche Planungs- und Grundfreimachungskosten vor dem 1. Jänner 1983, sowie Arbeiten im Rahmen der Errichtung des Grundnetzes, wie zum Beispiel bei der Station Stephansplatz oder der Adaptierung der Gürtelstrecke, wurden vom Bund anerkannt. Die Summe der anerkannten Vorleistungen betrage 1,2 Milliarden Schilling, wovon 50 Prozent der Bund beglichen habe.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob dieser Betrag für das Jahr 1982 vom Bund bereits entrichtet worden sei, antwortete StR. MAYR, der gesamte Betrag wurde bereits teilweise durch direkte Zahlung, teilweise in Form eines Kredites, bei dem der Bund die Tilgung trägt, beglichen. Für das Jahr 1983 sei im Bundesbudget Vorsorge getroffen, die Mittel werden nach dem Baufortschritt refundiert.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob im Jahr 1982 bereits Aufträge vergeben wurden, antwortete StR. MAYR, erste Aufträge seien vergeben worden, vor allem konnten aber alle Sperren im Voranschlag aufgehoben werden. Dadurch konnte beispielsweise die Bestellung der Wagen für die U 6 vorgezogen werden, womit eine Auftragslücke bei einer Wiener Waggonfirma geschlossen werden konnte. (Forts.) roh/ko

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), wie das Ergebnis der Verhandlungen mit den ÖBB betreffend das Areal des Nordbahngeländes an der Lassallestraße sei, antwortete StR. VELETA seitens seiner Geschäftsgruppe gebe es keine Verhandlungen mit den ÖBB.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum in dieser zukunftssträchtigen Frage keine Gespräche geführt werden, wo doch heute die betreffende Flächenwidmung beschlossen werden sollte und Bürgermeister Gratz diesen Grund als Bundesgeschenk verlangt habe, antwortete StR. Veleta, der heutige Akt sei Voraussetzung für diese Verhandlungen. Die Bundesbahn sei seines Wissens grundsätzlich bereit, die Nutzung dieser Fläche unter jeder Rechtsform zu übertragen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er glaube, daß die Verhandlungen rascher beendet sein würden als die über die Rennwegkaserne, die seit 10 Jahren laufen, antwortete StR. Veleta - ja, weil die grundsätzliche Bereitschaft der ÖBB vorhanden sei. (Forts.) roh/gg

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

10 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Zu Beginn der letzten Gemeinderatssitzung vor der Wahl am 24. April legte Bürgermeister Leopold GRATZ dem Gemeinderat einen Bericht über die Arbeit in der zu Ende gehenden Periode vor. Es ist der Mehrheit in diesem Haus gelungen, ihr Arbeitsprogramm voll zu erfüllen.

Der Bürgermeister erinnerte an seine Rede nach der Wiederwahl 1978 in der er erklärt hatte: "Es ist das Wesen kommunaler Arbeit, daß sie aus vielen tausenden Einzelheiten besteht, vielfach den sogenannten Kleinigkeiten, die sich dann wie ein Mosaik zum Gesamtbild der Stadtentwicklung zusammenfügen." Dennoch habe er damals fünf Bereiche besonders hervorgehoben und wolle dies auch heute tun: Wirtschaft, Wohnen, Gesundheit und Soziales, öffentlicher Verkehr sowie Freizeit.

Eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung bilde die Basis für alle anderen Leistungen der Stadt, betonte der Bürgermeister. Die Weltwirtschaftskrise seit dem Jahre 1974, die zu mehr als 30 Millionen Arbeitslosen geführt habe, blieb auch für Österreich und Wien nicht ohne Folgen. Aus wirtschaftlichen und humanitären Überlegungen sei es wichtigstes Ziel der Wiener Wirtschaftspolitik gewesen, Arbeitsplätze zu schaffen. Und auch 1982 sei es so gelungen die Arbeitslosenrate in Wien mit 3,3 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 3,7 Prozent zu halten. Was nicht zuletzt auch ein Verdienst des guten Wiener Wirtschaftsklimas gewesen sei.

(Forts.) r6/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

11 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Als Hauptfaktor der guten wirtschaftlichen Lage der Bundeshauptstadt bezeichnete GRATZ die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die Wirtschaftspolitik der Stadt Wien, aber auch die Wiener Wirtschaft, die sich in der Krise als gesund erwiesen habe. GRATZ gab dann einen Überblick über die Tätigkeit des 1973 von ihm gegründeten Wiener Wirtschaftsbeirats. Seit 1973 wurden von der Stadt Wien für Klein- und Mittelbetriebe - also ohne General Motors - mehr als 3.000 Millionen Schilling ausgeschüttet. Auf Grundstücken im Gesamtausmaß von über drei Millionen Quadratmeter wurden 308 Betriebe in Wien neu angesiedelt oder umgesiedelt. Auch sei es im vergangenen Jahr wieder gelungen, durch die Förderung von 1.500 zusätzlichen Lehrplätzen, die Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern und durch das Sonderbeschäftigungsprogramm der Bauwirtschaft neue Impulse zu geben.

Zum zweiten Schwerpunkt, dem Wohnbau, meinte der Bürgermeister, die quantitative Wohnungsnot in Wien sei vorbei, geblieben wäre die qualitative Wohnungsnot, der Anteil an unzulänglichen Wohnungen als Erbe der Gründerzeit. In dieser Situation sei es richtig gewesen den Schwerpunkt allmählich von der Stadterweiterung zur Stadterneuerung zu verschieben.

GRATZ berichtete, daß in den vergangenen zehn Jahren insgesamt 83.500 Wohnungen mit knapp mehr als 30 Milliarden S gefördert wurden. Daneben wurde aber auch ein neues System der Wohnbeihilfen geschaffen, der kommunale Wohnbau wurde durch Fortschritte der Architektur aufgelockert und die Wohnungsverbesserung auf eine neue Basis gestellt.

Am Beispiel der 1974 erst nach einer umfassenden Informationskampagne erfolgreichen Wohnungsverbesserungsaktion, wie auch am Beispiel von verschiedenen Sozialhilfen befaßte sich der Bürgermeister mit dem zur Zeit unter Oppositionsbeschluß stehenden Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien. (Forts.) r0/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

12 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Jede noch so gute Einrichtung sei wertlos, wenn sie nicht bekannt sei, erklärte GRATZ. Er sei überzeugt davon, daß noch immer in vielen Fällen, die Einrichtungen der Stadt von Menschen die sie benötigen würden, nur deshalb nicht in Anspruch genommen werden würden, weil diese Menschen über die Existenz dieser Einrichtungen nicht informiert seien.. Und Menschen zu helfen, indem man ihnen zeige, was ihnen die Stadt alles biete, um ihnen das Leben zu erleichtern, das könne doch nicht Propaganda sein, betonte GRATZ.

Zum Mietengesetz, von dem die ÖVP gerne behauptete, daß es den Wienerinnen und Wienern ihre Wohnungen unerschwinglich mache und die Häuser dem Verfall preisgebe, meinte GRATZ, man dürfe nicht vergessen, daß die ÖVP dem Gesetz im Nationalrat nur deshalb nicht zugestimmt habe, weil es Obergrenzen für die Mietzinse brachte. Rasche und gründliche Abhilfe kündigte der Bürgermeister gegen Grundstücksspekulation mit Altbauten an.

Beim Kapitel Gesundheit und Soziales befaßte sich Gratz unter anderem auch mit dem Allgemeinen Krankenhaus und betonte, es werde nicht nur vielen Wienerinnen und Wienern sondern auch Patienten aus allen anderen Bundesländern alle Spezialbehandlungen ermöglichen. Wenn dauernd von sechs Milliarden gesprochen werde, die durch Fehlplanungen verloren gegangen seien, so müsse er sich ganz energisch gegen den kalten Zynismus wehren, die Finanzierung neuester medizinischer Entwicklungen als Fehlplanungen zu bezeichnen. Jeder noch so hohe Betrag, mit dessen Hilfe man Menschenleben retten und menschliches Leid überwinden könne, könne doch nie Fehlplanung sein.

Der Bürgermeister würdigte dann den Ausbau der Sozialdienste, die Vollversorgung mit Kindergartenplätzen, sowie den Bau von 33 neuen Schulen. (Forts.) rö/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

13 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Als das schwierigste Problem aller modernen Großstädte, bezeichnete Gratz das Verkehrsproblem. Besonders groß sei dieses Problem in einer alten, in Jahrhunderten gewachsenen Stadt, so wie Wien, weil die Straßen und die ganze Konzeption der Stadt nicht für den Autoverkehr angelegt seien. Es müsse daher Aufgabe der Stadtverwaltung sein, ein Leben mit dem aus unserer Welt nicht mehr wegzudenkenden Verkehrsmittel "Auto" möglichst erträglich zu machen. Lärm und Geruchsbelästigung könnten in vielen Fällen nur durch Umfahrungen gemildert werden. Auf solche Straßenbauten könne man nicht verzichten. Es sei keine Ersaprnis, wenn die Bewohner der Simmeringer Hauptstraße weiterhin dem endlosen Bandwurm aus Richtung Schwechat ausgesetzt blieben und es sei auch keine Einsparung, wenn zum Plan der Stadtverwaltung den stark frequentierten Südgürtel in Tieflage zu legen, nichts anderes vorgeschlagen werde, als die Gürtelbewohner einfach abzusiedeln. Dennoch habe der Straßenbau seine Grenzen, sodaß Attraktivität und Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verkehrsmittel weiter gesteigert werden müßten. Die Frequenzsteigerung durch die U-Bahn um 17 Prozent ermögliche es nun, die Kreditmittel für den beschleunigten Ausbau der U-Bahn zu finanzieren.

Zum Schwerpunkt menschengerechte Umwelt betonte GRATZ neuerlich, daß menschengerechte Umwelt in einer Großstadt, Gestaltung bedeute und nicht Passivität. Nichts tun hätte im Donaupark und Oberlaa eine Mülldeponie gelassen und anstelle des Laaer Waldes eine Steppe. Zum Thema Rinter blieb der Bürgermeister dabei, er vertraue darauf, daß es der österreichischen Industrie und Technik nach anfänglichen Schwierigkeiten möglich sein werde, ein Recycling-Unternehmen aufzubauen, um das man Wien einmal ebenso beneiden werde, wie um sein Wasser. (Forts.) r6/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=+++++

14 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Er bekenne sich nach wie vor dazu, trotz aller Anfangsspannen nicht aufzugeben und den Müll mit seinen immer wertvoller werdenden Rohstoffen wiederzuverwerten, statt aufzuschütten oder zu verbrennen. GRATZ verwies auch darauf, daß Grünpolitik nicht in Bäumchenpflanzungen am Michaeler Platz oder der Verteilung von Gurkensandwiches bestehe, sondern in Weiterführung vorausschauender Politik. 35 Jahre habe es gebracuht, bis die versteppte Kuppe des Laaer Berges zu einem Wald geworden war, 20 Jahre, bis aus der Idee des damaligen Bürgermeisters Jonas die Donauinsel entstand.

GRATZ würdigte dann die Wiener Kulturpolitik und betonte, daß die Bundeshauptstadt auf die Einwohnerzahl bezogen die meisten bespielten Theaterplätze Europas hätte. Die Bezirksfestwochen sowie eine Unzahl von Freizeitaktivitäten für Senioren, Kinder und Familien hätten das Kulturghetto des ersten Bezirkes aufgebrochen.

GRATZ berichtete dann über die Verstärkung der demokratischen Möglichkeiten, wie Volksbegehren, Volksbefragungen und Volksabstimmungen, verwies auf die Schaffung des Kontrollausschusses unter Vorsitz eines oppositionellen Abgeordneten, die zunehmende Dezentralisierung der Verwaltung und die Übertragung von Kompetenzen an die Bezirkvertreter. Er stellte fest, daß Wien ohne Zweifel nach wie vor eine der sichersten Großstädte der Welt sei, und bedauerte, daß die personelle Aufstockung bei der Wiener Polizei im Nationalrat mit SPÖ-Mehrheit geschlossen werden mußte. Zur Behebung der vielen kleinen Störungen des täglichen Lebens wäre das Büro für Sofortmaßnahmen und der Bürgerdienst geschaffen worden. (Forts.)
rb/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

17 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Weiter erwähnte der Bürgermeisterr die Rechtsbereinigung, die die Voraussetzungen geschaffen habe, alle überflüssig gewordenen Gesetze außer Kraft zu setzen.

Die UNO-City habe garantiert, daß Wien heute seine Funktion als dritte Stadt der Vereinten Nationen voll erfülle, was gleichzeitig auch eine Art permanente Fremdenverkehrswerbung garantiere. Nun müsse aber auch durch den Bau eines Kongreßzentrums sichergestellt werden, daß Wien nicht in wenigen Jahren beim Kongreßtourismus hoffnungslos ins Hintertreffen gerate.

Als drei Beispiele für langfristige Stadtpolitik nannte GRATZ den Bau der U-Bahn, den Hochwasserschutz mit der Donauinsel, sowie die Rettung und Wiederbelebung des ersten Bezirkes. Diese erfolgreichen Arbeiten der vergangenen Jahre müssen nun auf der Basis des Stadtentwicklungsplanes fortgesetzt werden.

Die kommenden Jahre würden auch nicht leicht werden, meinte der Bürgermeister. Er sei aber überzeugt davon, daß eine Bevölkerung, die unter unvergleich schwierigeren Bedingungen der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg das große Aufbauwerk begonnen und in so großartiger Weise durchgeführt habe, auch mit den kommenden Schwierigkeiten in einer wesentlich reicher gewordenen Stadt fertig werden werde. (Forts.) r6/ap

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

18 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Wie in der letzten Landtagssitzung angekündigt, teilte der Bürgermeister dem Gemeinderat auch den Plan zur Entschwefelung der Wiener E-Werke mit. Bis 1987 wird die Schwefelemission auf die Hälfte, bis 1990/91 mit vier Tonnen pro Jahr auf 15 Prozent des Wertes von 1980 gesunken sein. Dies einerseits durch die Verwendung von Gas und Öl im Verhältnis von 2:1, was durch den vierten Erdgasliefervertrag möglich wird, andererseits durch eine Beteiligung an den Donaustufen und vermehrten Einsatz von Kraft-Wärme-Kupplungen beim Kraftwerk Leopoldau, sowie in den neuen Kraftwerksblöcken. Die Verbindung von optimaler Rauchgasentschwefelung und Kraft-Wärme-Kupplungen, die wieder Fernwärme schaffen, bringe eine minimale Umweltbelastung. Die gesamten E-Werke Wiens werden weniger SO₂ ausstoßen, als das Kraftwerk Dürnrohr bei maximaler Entschwefelung, betonte der Bürgermeister. (Schluß) r6/ko

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

19 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Abstimmung über die Durchführung der Besprechung der Mitteilung des Bürgermeisters: EINSTIMMIG ANGENOMMEN.

Die Ära von Bürgermeister GRATZ war keine Glanzperiode der Wiener Kommunalpolitik, stellte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) fest. Nicht umsonst habe sich Bundeskanzler Dr. Kreisky lange Zeit gegen die Wahlzusammenlegung gewehrt. Kein noch so großer Reklameaufwand könne von den Fehlleistungen ablenken. In der zehnjährigen Berichtsperiode habe es in Wien kaum ein größeres Projekt gegeben, das anstandslos und ohne Affären abgewickelt worden wäre. Die Wiener Stadtverwaltung hat von 1973 bis 1983 rund 400 Milliarden Schilling an Steuermitteln ausgegeben. Auch wenn die Mißwirtschaft noch so groß ist, muß dabei etwas zum Herzeigen übrig bleiben.

In den letzten Tagen wurde eine Postwurfsendung von Wien aktuell mit einem Leistungsverzeichnis von A bis Z an die Wiener Haushalte verschickt. Auch ihm fällt dabei ein Alphabet ein, das allerdings das A bis Z der Fehlleistungen beinhaltet, erklärte GR. HIRNSCHALL. Für "A" nannte Hirnschall das Allgemeine Krankenhaus, für "E" EBS, für "K" Kläranlage, für "R" Rinter-AG und für "W" Winter und Wilfling.

Wenn man das gesamte Alphabet der Mißwirtschaft und Mängel Revue passieren läßt, wundere man sich über den Mut der Verantwortlichen, die zehn Jahre als Erfolg zu verkaufen. Man wundere sich auch über den Langmut der Wiener Bürger, man sei allerdings nicht mehr verwundert über den Entschluß der SPÖ, die Nationalratswahl mit der Gemeinderatswahl zusammenzulegen. (Forts.)
ba/gg

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

20 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRNSCHALL wies darauf hin, daß die FPÖ 1972 eine Sonderprüfung der Vergabe bei der Planung des AKHS verlangt hat. Auf Initiative seiner Partei wurde die Überprüfung der Med-CONSULT eingeleitet, die kleine Oppositionspartei hat das Rinter-Projekt als Seifenblase entlarvt.

Die FPÖ hat ihre Aufgabe als Kontrollpartei sehr ernst genommen, sagte GR. HIRNSCHALL, sie sei bereit, diese Aufgabe auch in Zukunft fortzusetzen. (Forts.) ba/ko

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

21 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) sagte, die Bilanz von zehn Jahren SPÖ-Alleinregierung in Wien sei bei weitem nicht so glanzvoll, wie sie Bürgermeister Gratz darstelle. In vieler Hinsicht seien die Verhältnisse heute schlechter als vor zehn Jahren. So sei die Verschuldung Wiens auf 45 Milliarden S gestiegen und das Investitionsvolumen auf 13,7 Prozent gesunken. Die Wasser-, Kanal- und Müllgebühren seien allein in den letzten fünf Jahren um 190 Prozent gestiegen. Fehlplanungen im Bereich des AKH oder bei der Rinter-AG sowie sonstige Planungsmängel und Korruptionsaffären seien ebenfalls als Negativpunkte zu erwähnen. Es sei daher kein Wunder, daß Bürgermeister Gratz mit der Zusammenlegung der Gemeinderats- und Nationalratswahlen die Flucht nach vorne antrete. HAHN bemängelte ferner, daß die Zusammenarbeit der Stadt Wien mit dem Bund im Bereich der Kasernenverlegung nicht funktioniere, daß der Stadterneuerungsfonds nicht zustande gekommen sei und daß verschiedene Umweltschutzmaßnahmen erst unter dem Druck der ÖVP für die nächsten Jahre angekündigt worden seien. Die Zahl der Sozialfälle habe sich in den letzten Jahren verdreifacht, Gemeindewohnungen seien für viele Wiener bereits unerschwinglich geworden.

Durch die schlechte Wirtschaftspolitik der SPÖ sei die Zahl der Arbeitslosen auf 34.000 angestiegen. Schließlich sei es auch mit der versprochenen Politik der Information und Transparenz nicht weit her, wenn man bedenke, daß von 432 ÖVP-Anträgen der letzten Legislaturperiode 32 noch nicht beantwortet seien. HAHN abschließend: Es sei nun Zeit für eine andere Art von Politik, die von der Wiener ÖVP vertreten werde. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=+++++

26 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. SALLABERGER (SPÖ) betonte, daß die Gemeinderatswahlen vorverlegt worden seien, um den Wahlkampf zu komprimieren. Das war keine Wahltaktik, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit. "Sonst wäre das ganze Jahr Wahlkampf gewesen".

Die Bilanz, die Bürgermeister Gratz gezogen hat, gibt eine Übersicht der sozialdemokratischen Politik in dieser Stadt. "Wir können heute sagen, daß sich diese Großstadt von allen anderen in der Welt unterscheidet, wir haben gestaltend eingegriffen". Die letzten zehn Jahre waren Jahre der Arbeit ohne Mitarbeit der ÖVP.

GR. SALLABERGER stellte die Leistungen der Stadtverwaltung den Arbeitsprogrammen der SPÖ seit 1945 gegenüber. Alle Punkte seien erfüllt worden. Seit die SPÖ die Alleinverantwortung in der Stadt trägt gibt es mehr Demokratie, mehr Kontrollrechte für die Opposition.

GR. SALLABERGER verwies auf die großartigen Leistungen im Bereich der Stadterneuerung "wir haben in den zehn Jahren seit 1973 eine Stadt so groß wie Linz erneuert. 80.000 Wohnungen wurden im Rahmen der Wohnungsverbesserung und der Stadterneuerung saniert, wir werden dies in den nächsten Jahren fortsetzen. Wir brauchen keine Gags am laufenden Band, wir brauchen Menschen, die für diese Stadt arbeiten." (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

27 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. BUSEK (ÖVP) bezeichnete die Ausführungen seines Vorredners als etwas nostalgisch. Die ÖVP sei mit der vergangenen Legislaturperiode sehr zufrieden, die Opposition habe die politischen Themen in dieser Stadt bestimmt.

In den Ausführungen des Bürgermeisters seien einige wichtige Tatsachen nicht vorgekommen, so zum Beispiel, daß die SPÖ jahrelang U-Bahn und Schnellbahn bekämpft habe, daß die Themen Umwelt und Grün in der Gratz-Erklärung von 1978 gefehlt hätten, daß das Luftreinhaltegesetz auf einen ÖVP-Antrag und die Entschwefelung der Wiener Kraftwerke auf die von der ÖVP ausgelöste Dürnrrohr-Diskussion zurückgehen.

Zur wirtschaftlichen Situation stellte Busek fest, daß die Beschäftigungszahl am produktiven Sektor um 5 Prozent zurückgegangen sei und man dieses Problem nicht in den Griff bekommen habe. Seit 1978 sei durch die Regierungspolitik fast 2.000 Klein- und Mittelbetrieben "das Licht ausgeblasen worden". Wesentliche Maßnahmen auf dem Gebiet der Stadterneuerung, die die Wirtschaft hätten beleben können, seien unterblieben. Der von der ÖVP immer wieder geforderte "Stadterneuerungsfonds" sei abgelehnt worden. Das neue Mietengesetz habe als, wie Busek sagte, "asoziale Maßnahme" tausende Menschen an den Rand der Existenz gedrängt. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

28 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Die Liste der Versäumnisse der Regierungspartei, ließe sich beliebig lang fortsetzen, stellte Busek fest. Es gäbe aber auch Bereiche, in denen er zufrieden sei, wie zum Beispiel den der Kultur, wo sich einiges zum Positiven geändert habe.

Der bunte Vogel sei ein Symbol für eine andere Art von Politik, die jetzt zu erfolgen habe. Dazu zähle Stadterneuerung auf breitester Ebene, Umweltschutz mit Verzicht auf unnötige Straßenprojekte, eine funktionierende Infrastruktur, erschwingliche Wohnungen und eine gerechte Vergabe der Gemeindewohnungen, Bürgernähe und Bürgerinformation.

Die kommende Wahl sei für die Entwicklung der Demokratie richtungsweisend und sollte deshalb eine gewisse Nachdenklichkeit hervorrufen. Faktoren wie die ständig sinkende Wahlbeteiligung, neuauftretende Parteien und die Verdrossenheit der Bevölkerung mit den existierenden Parteien würden das Erscheinungsbild der Politik in Zukunft bestimmen.

Abschließend stellte Busek fest, er sei überzeugt, daß seine Partei das bessere Programm habe und sich am Geist der Demokratie orientieren werde. Aus diesem Blickwinkel müsse auch jede Zusammenarbeit gesehen werden. (Forts.) roh/gg

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

29 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die Wortmeldung von Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK (ÖVP) meldete sich Bürgermeister GRATZ zu einer tatsächlichen Berichtigung und stellte fest, daß er Niederösterreichs Landeshauptmann Siegfried LUDWIG nie angegriffen habe. Sein Zurückziehen des Einspruches gegen das Kraftwerk Dürnrohr sei von der festen Überzeugung getragen gewesen, daß das Wort Ludwigs mehr wiege und daher ebenso viel wert sei wie ein Bescheid des Gemeinderates. Mit der Forderung nach der höchstmöglichen Entschwefelung habe Ludwig nur sein Wort eingehalten und er - Gratz - sei ihm dankbar dafür.

(Forts.) rö/ap

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

30 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gesetzentwurf zur Novelle der Wohnbauförderung wird eine Vereinheitlichung von Gesetzen auf dem Wohnbausektor und in der Stadterneuerung mit sich bringen, stellte StR. HATZL (SPö) fest. Durch die erweiterte Kompetenzmöglichkeit der Länder werden die finanziellen Mittel besser ausgeschöpft werden können. Es wird dadurch sicherlich zu keiner Einschränkung der Wohnbauleistung oder der Stadterneuerung kommen. StR. HATZL kritisierte, daß gerade von jener Partei die Stadterneuerung gefordert wird, die im Bundesrat gegen die Althausmilliarde gestimmt hat. Nicht nur im 1. Bezirk wird Stadterneuerung betrieben, sondern in ganz Wien. Jeder könne sich davon überzeugen. Es sei auch unglaublich, sich für billige Wohnungen einzusetzen und gleichzeitig gegen ein Gesetz zur Einengung der Mietzinse zu stimmen. Gerade durch dieses neue Mietrechtsgesetz, daß die ÖVP im Parlament ablehnte, können 1982/83 rund eine Milliarde Schilling für die Sanierung der städtischen Wohnhausanlagen aufgebracht werden. Dies sei nicht nur ein wesentlicher Beitrag zur Stadterneuerung, sondern gleichzeitig ein kräftiger Impuls für die Bauwirtschaft. Nach dem alten Mietengesetz hätten die Bewohner dieser Häuser über den sogenannten "Paragraph 7" 600 Millionen Schilling mehr an Bankzinsen für die Instandsetzungen zahlen müssen. Stadterneuerung ist im Programm der Wiener SPö nicht auf enge räumliche Gebiete begrenzt sondern eine Aufgabe, die die Verbesserung der Lebensverhältnisse in der ganzen Stadt umfaßt. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

31 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) ging auf den Stadtentwicklungsplan ein, der ja nun eine längere Phase ohne vorausschauende Planung abschließen sollte. Allerdings sei dieser Stadtentwicklungsplan, der nun erst in der kommenden Legislaturperiode beschlossen werden könne, eher als Bestandsaufnahme zu sehen. Es fehle ihm die Zukunftsvision. Es wäre also an der Zeit für konstruktive Änderungsvorschläge, die ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Ökologie und Ökonomie haben müßten. Besonders gelte dies für die Verkehrs-, Energie- und Entsorgungsplanung. Die FPÖ habe in allen diesen Bereichen bereits entsprechende Vorschläge gemacht, während die SPÖ die Untertunnelung des Südgürtels lediglich als Wahlkampfschlager bringe. Die FPÖ fordere schon lange den Verzicht auf Hochleistungsstraßen, die Entschwefelung von Kraftwerken auf dem höchstmöglichen technischen Standard und die Reduktion des Schwefelgehaltes im Heizöl auf 0,5 statt der von der Bundesregierung vorgesehenen zwei Prozent. Auch ein Wasserhaushaltsgesetz und ein Abfallwirtschaftsgesetz sei bereits von den Freiheitlichen gefordert worden. Alles in allem sei es Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen für die Technik und die Wirtschaft zu stellen, um eine schönere, gesündere und lebenswertere Stadt zu erreichen, schloß Pawkowicz.

StR. Univ.-Prof. Dr. WURZER (SPÖ) nahm zu den Ausführungen von GR. PAWKOWICZ Stellung und sagte, daß die SPÖ in Verbindung mit dem Stadtentwicklungsplan auch den gesellschaftspolitischen Überbau dazu geliefert habe. Was das Fehlen der Zukunftsvision betreffe, so sei dies eine Aussage der Ingenieurkammer für Wien und Niederösterreich, die keine Allgemeingültigkeit beanspruchen könne. Für den Südgürtel gebe es entsprechende Tunnelprojekte im Zusammenhang mit dem Ausbau der Triester Straße. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

32 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. EDLINGER (SPÖ) stellte einleitend fest, daß die SPÖ ihre Politik immer wieder nahtlos fortsetze. Der Vorwurf von Vizebürgermeister Busek, daß sein Vorredner SALLABERGER (SPÖ) in Sachen Nostalgie reite, sei deshalb falsch, weil es für die SPÖ keine Ursache gibt, sich von der eigenen Geschichte zu distanzieren. "Während sie von der ÖVP reden und reden" warf Edlinger der Volkspartei vor, "haben wir gearbeitet, damit unsere Stadt so wie heute dasteht. Wir haben den Beschäftigtenstand gehalten, während es in anderen Ländern Millionen Arbeitslose gibt. Für uns ist Arbeit ein Recht des Einzelmenschen. Nicht nur eine Chance auf einen Arbeitsplatz wie es Busek fordert, sondern ein Recht!"

Am Beispiel der Stadterneuerung zeige sich, was wirklich geleistet wird. Milliarden wurden durch die öffentliche Hand aufgebracht. Die ÖVP hat die Altstadtmilliarde und das Mietengesetz mit dem Erhaltungsbeitrag abgelehnt. Der von der ÖVP geforderte Verzicht auf die Stadtautobahn kostet tausende Arbeitsplätze.

Die Sparvorschläge der ÖVP enthalten unsinnige Punkte. Das alles würde den Verlust auf Bundesmittel und den Verlust von tausenden Arbeitsplätzen bedeuten. Er bedauere, sagte Edlinger, daß das Wahlprogramm der ÖVP keine Aussagen zu den Themen Soziales, Schulbau, Jugend, Freizeit, Sport, Bildung und öffentlicher Verkehr enthalte. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

33 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. FÜRST (ÖVP) präziserte seine Vorstellung zur Arbeitsplatzsicherung. "Das Recht auf Arbeit ist derzeit ein Jus nudum, ein nacktes Recht, solange keine Chance auf einen Arbeitsplatz besteht. Wir wollen jedem Bürger eine Chance auf einen Arbeitsplatz bieten."

Die Mitteilung des Herrn Bürgermeisters ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte der Stadt Wien, er vermute auch, daß der Bürgermeister diese nicht selbst verfaßt habe. Am Beispiel der Broschürenserie des PID kritisierte Fürst, daß die Stadtratsvorworte vom Pressereferenten des Bürgermeisters laut Dienstanweisung angeschaut werden sollen. "Der Herr Bürgermeister sollte sie selbst anschauen", forderte GR. Fürst.

Fürst bedauerte ferner, daß kein Wort der Selbstkritik, keine Anerkennung für die Mitwirkung der Bürger gefallen sei. "Mehrheit bedeutet nicht immer Wahrheit".

Die 10-Jahres-Chronik sei bedauerlich. Es stellt eine Weiterführung der Skandale dar." Die Kampagne des PID stellt eine ungeheure Steuergeldverschwendung dar. Es ist ein Mißbrauch von Steuergeld für sozialistische Propaganda."

"Welche Konsequenzen haben Sie aus all den Fehlern gezogen?", fragte GR. Fürst den Bürgermeister. Der Kontrollamtsdirektor mußte wegen privater Fehler seinen Rücktritt einreichen. Der Bürgermeister habe den Rücktritt zwar spät aber doch angenommen. Wo aber blieben die Konsequenzen für all die Fehler, die das Kontrollamt aufgedeckt hat? "Es wäre dem Ansehen der Stadtverwaltung sicher zuträglich", meinte Fürst, würden andere dem Beispiel des Kontrollamtsdirektors folgen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

34 Wien, 18.?. (RK-KOMMUNAL) Zur Wortmeldung von Vizebürgermeister Busek stellte StR. SCHIEDER fest, er gebe zwar gerne zu, daß dieser viel gefordert habe, erreicht habe er aber nichts. Die Maßnahmen wurden durch die Stadtverwaltung gesetzt. So habe auf dem Luftsektor kürzlich ein Auftrag des Bürgermeisters, die Entschwefelung der Wiener Kraftwerke zu überprüfen, zu einem Ergebnis geführt. Die Wiener Luft wird bis 1992 eine Güte habe, von der jede andere Millionenstadt nur träumen kann. Die Belastung wird bis dahin um zwei Drittel gesenkt werden.

Zu den Vorwürfen bezüglich der Informationstätigkeit der Stadt Wien stellte Schieder fest, es würde nur über Dinge berichtet, die auf Beschluß des Gemeinderates geschehen. Würde man den Gedankengang der ÖVP weiterverfolgen, müßte man U-Bahn, Donauinsel und Fußgängerzonen wieder abschaffen, weil diese durch ihr Bestehen Propaganda für die erfolgreiche Tätigkeit der Regierungspartei sind.

Auf dem Grünsektor beweisen die nackten Tatsachen und Zahlen, daß der Vorwurf der ÖVP, es würde nichts geschehen oder die Lage würde sich sogar verschlechtern, nicht stimmt. So wurde zum Beispiel der Wald- und Wiesengürtel - der laut ÖVP immer wieder beschnitten wird - in den letzten zehn Jahren von 52 auf 70 Millionen Quadratmeter ausgeweitet, die Fläche der Parkanlagen von insgesamt 14 auf 16,8 Quadratkilometer, die Anzahl der Alleebäume von 70.000 auf 77.000 erhöht und die der Kleingartenanlagen von 6 auf 6,8 Millionen Quadratmeter, wobei ein Programm für weitere 2.000 Kleingärten vorliege.

"Wenn sich Dr. Busek ins Gras legt, bekommt er davon nur grüne Flecken, wenn ich das tue, ist das der Auftakt zu einer großen Aktion, die allen Wienern die Rasenfreiheit gewährleistet", sagte Schieder zu dem Vorwurf, er habe sich im Gras gewälzt. Das sei auch der prinzipielle Unterschied zwischen der Tätigkeit der ÖVP und der der Regierungspartei. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

35 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Zur Wohnungspolitik und zum Schulwesen nahm GR. KUCHAR (FPÖ) Stellung. In Wien sei es nicht gelungen, die Wohnungsprobleme in den Griff zu bekommen. Die Anzahl der neuen Wohnungen, wird immer geringer, die Wohnungsverbesserung ist nur Stückwerk. Die Zahl der für die Gemeindewohnungen Vorgemerkten ist nicht gesunken, weil immer weniger Gemeindewohnungen gebaut werden. Es werden nur mehr Mittel aus der Wohnbauförderung 1968 in den Neubau investiert und keine Mittel aus dem Wiener Budget. Die Form der Wohnungsvergabe wurde nicht geändert, es gibt kein objektives Punktesystem, das Wohnungsamt hat keinen Überblick über die unbewohnten Gemeindewohnungen. Auch mit dem geförderten Wohnbau geht es bergab. Dem Wohnungssuchenden werden von den gemeinnützigen Bauträgern Angebote gemacht, die nicht eingehalten werden. Die tatsächlichen Kosten zur Eigenmittelaufbringung und für den Mietzins liegen wesentlich höher als das ursprüngliche Angebot. Die Wiener SPÖ habe auch die Initiative zur Vereinheitlichung der Wohnbeihilfe mit der Mietzinsbeihilfe verabsäumt. Das neue Mietrechtsgesetz schaffe nicht die Voraussetzungen dazu, den Menschen in absehbarer Zeit zu qualitativ gutem Wohnraum zu verhelfen. Die Sozialisten stellen sich gegen jede Eigeninitiative und Eigenvorsorge. Eine weitere Forderung der FPÖ sei eine bessere Bausparförderung gewesen.

Im Bereich des Schulwesens gab es eine Reihe von Versprechungen, die nicht eingehalten wurden: beispielsweise, daß es in jedem Wiener Bezirk eine 6-Tage-Schule geben wird, ohne daß die integrierte Gesamtschule eine Angebotsschule bleiben soll. Die regierende Mehrheit in der Stadt habe sich über die Wünsche der Bürger hinweggesetzt. Die FPÖ wird sich dafür einsetzen, daß die Glaubwürdigkeit der Demokratie erhalten bleibt. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

36 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. RAUTNER (SPÖ) verwies vor allem auf die Vollbeschäftigungspolitik der Wiener SPÖ. Durch die Erstellung von Sonderprogrammen sei es gelungen, daß heuer tausend Menschen mehr als vor einem Jahr am Bau Arbeit gefunden haben. Vizebürgermeister BUSEK wolle dagegen 12 Milliarden beim Straßenbau einsparen und 10 Milliarden beim Konferenzzentrum - was ein besonderes Rechnungskunststück sei, da nur 4,5 Milliarden verbaut werden. Was den Straßenbau betreffe, so sei es eben notwendig, bestimmte Straßen wie etwa die Süd-Ost-Tangente zu bauen, um die Lebensqualität in weiten Bereichen der Stadt zu verbessern. Ansonsten müsse man wie Busek den ungeheuerlichen Vorschlag machen, Menschen aus ihren Wohnungen abzusiedeln.

Rautner betonte, es sei das Recht der Sozialisten, ihre Leistungen aufzuzeigen. Dazu zählen die Donauinsel ebenso wie der Kurzpark Oberlaa, das ausgebaute Gesundheitswesen ebenso wie die verbesserte Umwelt, die Maßnahmen in der Familienpolitik ebenso wie die in der Sozialpolitik, die Energiesicherung ebenso wie die Verbesserungen des öffentlichen Verkehrs und schließlich die Chancengleichheit durch ein optimales Schulsystem ebenso wie der Zugang zum Recht für alle.

Wenn die ÖVP unbedingt von Skandalen oder Fehlleistungen reden wolle, so solle sie in ihren eigenen Reihen forschen. Gelegenheit dazu gebe es genug, man vermisse nur die jeweiligen Konsequenzen.

Rautner betonte, die SPÖ werde auch in Zukunft dafür arbeiten, daß das Leben in dieser Stadt und diesem Land weiterhin besser und schöner werde. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

37 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) bedauerte, daß bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage das Beschäftigungsprogramm dem Gemeinderat nicht vorgestellt worden sei. Die Lage darf nicht leicht genommen werden. Und auch der Hinweis, daß wir es in Österreich besser haben als in anderen Ländern löse die Probleme nicht. Große Sorgen mache auch die versteckte Arbeitslosigkeit, die Experten mit 2,2 Prozent beziffern. Das bedeutet, daß Wien tatsächlich eine Arbeitslosenquote von 6,6 Prozent hat. "Plakate und Programme sind zuwenig", meinte WÖBER. Auch die Arbeitslosenandrangziffer, das heißt, die Anzahl der offenen Stellen pro Arbeitssuchenden ist in Wien höher als im gesamten österreichischen Durchschnitt. Das sei eine Folge des permanenten Investitionsrückganges. Es ist immer weniger Geld für Investitionen da. Und die Arbeitslosenziffer sei zu rund einem Drittel eine Folge der sinkenden Investitionsraten im Wiener Budget. Dazu komme die Belastungslawine, die weit über dem Index liege. "Der kleine Verdiener spürt die Belastung, die Wirtschaft leidet darunter, die Konsequenz ist die Abwanderung von Betrieben". Dieser Trend kann nur durch Stadterneuerung gestoppt werden. Eine sinnvolle Stadterneuerung, wie sie die ÖVP seit Jahren fordert, bringt für die Beschäftigungslage und für die gesamte Volkswirtschaft einen echten Nutzen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

38 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Aus den Wortmeldungen der Opposition sei nicht zu schließen, daß über Wien geredet werde, stellte GR. WIESINGER (SPÖ) fest. Die erfolgreiche Regierungstätigkeit der SPÖ werde mit keinem Wort erwähnt, man bemühe sich nur, alles schlecht zu machen. Der Wähler werde entscheiden, wie über den bunten Vogel, den die ÖVP als Symbol habe, zu denken sei.

Das Beschäftigungsprogramm, das GR. WÖBER kritisiert habe, sei in seiner Gesamtheit durch Beschlüsse der entsprechenden Gemeinderatsausschüsse gedeckt. Die ganze Welt bewundere die Aufrechterhaltung der Beschäftigungslage in Österreich.

"Wir werden nicht müde werden, die Leistungen der Stadtverwaltung darzulegen und das irreführende Wahlprogramm der ÖVP aufzuzeigen," sagte GR. Wiesinger. Vor allem das Finanzprogramm, das Vizebürgermeister Busek vorgelegt habe, gehöre in dieser Beziehung zum Ärgsten, was er je erlebt habe.

Zur Betriebs- und Bevölkerungsabwanderung erklärte Wiesinger, das sei ein allgemeiner Trend in allen europäischen Großstädten, gerade in Wien werde sehr viel dagegen getan. Die ÖVP prophezeie seit Jahren den Bankrott. Die Vergleichszahlen zur Wirtschaft anderer Länder zeigen, wie gut Österreich dastehe. Im Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes liegt Österreich in den letzten zehn Jahren an zweiter Stelle. Der soziale Friede und die niedrige Arbeitslosenrate sind Zeichen für die gute Situation Österreichs. Das ständige Gejammer der Opposition werde bei den Wienern sicherlich nicht ankommen. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

39 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. MAYR (ÖVP) kritisierte, daß die Stadterneuerung in Wien nur schleppend vor sich geht und daß zu wenig geschieht. Auf dem Ulrichsberg gibt es seit 1980 eine Bausperre. Ebenso im Untersuchungsgebiet Währing. Die neue Entwicklung für Gumpendorf läßt seit 1979 auf sich warten. In der Praxis bedeutet dies einen Stillstand der Stadterneuerung. Die Bevölkerung resigniert.

Im Stadterneuerungsgebiet Ottakring ist viel geschehen. In diesem Modellversuch des Magistrats wurde viel investiert. Allerdings setzte man die hier gewonnenen Erfahrungen anderswo nicht um. Die ÖVP hat im Laufe der letzten zwei Jahre drei wichtige Anträge zur Stadterneuerung gestellt, alle Anträge blieben unbeantwortet und wurden vermutlich schubladiert. Die ÖVP wird sich weiterhin zum absoluten Vorrang für die Stadterneuerung bekennen.

Die ÖVP-Anträge sind in Beantwortung, stellte Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER (SPÖ) fest. Beispielsweise kann der Haussubstanzqualitätskataster erst nach Vorliegen aller Unterlagen aus der letzten Volkszählung erstellt werden. Die Entwicklung geht unabhängig vom Beschluß des Bebauungsplanes in den Stadterneuerungsgebieten weiter. Es sei allerdings schwierig, Maßnahmen zu beschleunigen, wenn nach vorheriger Übereinstimmung mit der Bevölkerung plötzlich der politische Konsens fehlt. Das Beispiel Ulrichsberg habe die Schwierigkeit bewiesen. Die Stadterneuerungsplanung sei ein überaus sensibler Bereich. Die wesentlichsten Impulse zur Stadterneuerung sind bisher von der öffentlichen Hand ausgegangen. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

40 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. PETRIK (ÖVP) nahm zu Fragen der Wohnbaupolitik Stellung. Er warf den Sozialisten vor, den kommunalen Wohnbau als Sinnbild der Macht der regierenden Partei zu benützen. Durch den Verzicht auf den Marktmechanismus wird die Wohnungssituation verschlechtert. Die Krise des Wiener Wohnungsbaues sei eine Krise des Systems des wohnungspolitischen Dirigismus. Viele Bürger könnten sich Gemeindewohnungen nicht mehr leisten, überdies seien sie zu Bittstellern degradiert.

Die Eigentumsfeindlichkeit der Sozialisten zeige sich in der Auflage, beim Verkauf von geförderten Wohnungen die Förderung retournieren zu müssen, ebenso wie in der Ablehnung, Gemeindereihen Häuser ins Eigentum zu übertragen. Das ganze System bedinge eine aufgeblähte Bürokratie, die auch ein diffuses System der Wohnungsvergabe verwalte. PETRIK wandte sich auch gegen die Steuer auf unvermietete Wohnungen. Diese sei nicht vollziehbar, 29 privaten Wohnungen, die aufgrund dieses Gesetzes gemeldet wurden, stünden bereits 326 Gemeindewohnungen gegenüber. Schließlich sagte PETRIK, die Stadterneuerung sei nicht im notwendigen Ausmaß durchgeführt worden. Anstatt ein aufwendiges Konferenzzentrum zu bauen, wäre es besser, in Zukunft diese Mittel in den Wohnbau und die Stadterneuerung zu lenken. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

41 Wien, 18.2 (RK-KOMMUNAL) StR. HATZL (SPÖ) nahm zu den Ausführungen von GR. PETRIK Stellung und sagte, für die 326 leerstehenden Kommunalwohnungen gebe es eine einfache Erklärung. Diese Wohnungen seien für Zusammenlegungen gedacht. Dadurch würden strukturpolitische Verbesserungen erzielt. Überdies seien - insbesondere bei den gemeldeten Privatwohnungen - Wohnungen in Häusern dabei, die wegen neuer Projekte abgesiedelt würden.

Zu den Mietzinsrückständen sagte HATZL, daß diese nicht einmal zwei Prozent der Gesamteinnahmen aus den Mietzinsen betragen würden. Im Unterschied zu Privaten sei die Stadt Wien jedoch bereit, Menschen, die in Not gekommen sind, ihre Mieten zu stunden und ihnen dadurch eine Chance für die Zukunft zu geben. Was die Wohnungskosten betrifft, so würden diese bei Gemeindewohnungen noch immer unter denen anderer geförderter Wohnungen liegen.

HATZL wandte sich dagegen, die Mitarbeiter im kommunalen Wohnungswesen als Bürokraten zu bezeichnen und sagte, er könne Wohnungsfragen eben nicht - wie PETRIK - als Marktwirtschaftsfragen sehen. Daher wende er sich auch gegen die Spekulation mit öffentlich geförderten Eigentumswohnungen. Schließlich wies HATZL darauf hin, daß in den letzten fünf Jahren mit Förderungen in der Gesamtsumme von 16 Milliarden Schilling 30.000 Wohnungen für rund 100.000 Wiener gebaut wurden. Dies sei eine stolze Bilanz und ein weiterer Beitrag zum sozialen Wohnbau in Wien, der als Sinnbild des Lebens und des sozialen Fortschritts gelten könne. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

42 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) erklärte, daß die Mitteilung des Bürgermeisters Lücken enthalten habe. Die SPÖ nehme nicht zur Kenntnis, daß die alte Armut wieder auflebt, daß es zahlreiche Menschen in der Stadt gibt, die echten Mangel auch im finanziellen Bereich haben. Betroffen sind vor allem die betagten Mitbürger und die alleinstehenden Mütter. Die drückende finanzielle Not zeigt sich im Ansteigen der Miet- und Heizkostenrückstände, bei den steigenden Wohnbeihilfen und den immer zahlreicher werdenden Ansuchen um Sozialhilfe.

Bei der Heizkostenbeihilfe wurde eine ungeheure Bürokratie aufgezoogen. "Dabei wurden Steuermittel verschwendet, dem Bürger nicht geholfen". Ein Ausweg wäre nach Hampel-Fuchs eine stärkere Förderung der privaten Nachbarschaftshilfe.

Die Familien kommen in immer größere Schwierigkeiten. Es gibt keine Erhöhung der Familienbeihilfen, dafür steigen die Mieten, die Betriebskosten, die Preise für Gas, Strom und Fernwärme.

GR. Hampel-Fuchs kritisierte weiter, daß Hauptkläranlage und EBS nach Jahren noch immer nicht funktionieren und daß das Müllkonzept zusammengebrochen sei. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

43 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) StR. VELETA (SPÖ) meldete sich zu Wort und wies die Kritik an Hauptkläranlage und EBS im Interesse der Mitarbeiter, die bemüht sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, vehement zurück. Die Kläranlage erfüllt ihre Aufgabe. Das Wiener Abwasser wird zu 80, ja bis zu 95 Prozent geklärt, obwohl der gesetzliche Auftrag nur 70 Prozent vorschreibt. Zur Kritik an der EBS stellte StR. Veleta fest, daß Wien die einzige Anlage zur Beseitigung von Sondermüll in ganz Österreich in Betrieb genommen hat. "Wien hat damit einen richtungsweisenden Weg eingeschlagen."

Das Müllkonzept ist eine Fortschreibung des Mittel-Konzeptes. Es basiert auf einem einstimmigen Beschluß des Wiener Gemeinderates. Die Opposition habe alle Unterlagen zur Verfügung gehabt und habe auch die Zustimmung erteilt. "Weil Private versagt haben", betonte Veleta, "darf die Stadtverwaltung heute nicht beschuldigt werden." Es geht nun bei der Erweiterung des Müllkonzeptes darum, lagerfähigen Brennstoff zu entwickeln. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

44 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) In der ÖVP-Broschüre zum Thema Armut sei kein einziger Vorschlag zur Verbesserung der Situation zu finden, erklärte StR. STACHER (SPÖ). Das Thema sei auch keineswegs tabuisiert, es hätte dazu große Enqueten gegeben. Die jetzige Armutsgrenze liege in einer Höhe, die in der Zwischenkriegszeit noch Durchschnittsverdienst gewesen sei. Zur Erweiterung des Armutsbegriffes zähle auch die sogenannte "neue" Armut - die der Kranken, Behinderten oder isolierten Menschen, die in Wirklichkeit gar nicht so neu ist.

Zu der von der ÖVP geforderten Unterstützung der Selbsthilfegruppen erklärte Stacher, daß das in Wien in Form der Unterstützung von Vereinen, die meist nichts anderes als ehemalige Selbsthilfegruppen sind, gehandhabt wird. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

45 Wien, 18.2 (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister GRATZ ging in seiner Wortmeldung nicht auf Einzelvorwürfe seiner Vorredner ein, sondern nur auf den Stil der Debatte. Er warf die Frage auf, ob die Menschen dieser Stadt der Opposition abnehmen werden, daß alles Gute der letzten fünf Jahre Zufall war oder von der Opposition erfunden wurde. Die Parteien hätten heute ihre Plädoyers gehalten, aber der Richter war heute nicht im Saal, sondern gehe am 24. April zur Wahlurne. GRATZ appellierte auch, man möge trotz aller Leidenschaftlichkeit auf den Wahlkampf aufpassen, da man den Gemeinderat nachher ja nicht einfach in die Luft sprengen könne. Auch bewundere er oft die Selbstsicherheit der Opposition, die oft innerhalb von fünf Minuten wisse, was die absolute Wahrheit sei.

Ganz sicher könne man die Opposition nicht an ihren Taten messen, da sie nicht an der Regierung gewesen sei und den Vorteil habe, keine Fehler machen zu können. Man könne sie aber an der Ernsthaftigkeit und Vorausberechenbarkeit ihrer Politik messen. Etwa wenn sie 500 Millionen an der Witwerpension einsparen wolle, obwohl diese dem Staat nur 62 Millionen kostet. Oder wenn sie am Kongreßzentrum zehn Milliarden einsparen wolle, obwohl dieses nur 4,5 Milliarden kostet und Wien davon nur 35 Prozent bezahlt. Auch wären die 14 Milliarden, die die ÖVP mit dem Nichtbauen von Bundesstraße einsparen wolle, das komplette Wiener Bundesstraßenbudget der kommenden zehn Jahre. Da müsse sich die ÖVP gefallen lassen, daß man sie auf ihre Berechenbarkeit prüfe - und da sei es schlecht bestellt. GRATZ warf der ÖVP überdies vor, ihre Politik nach Modeströmungen wie Grün oder Bürgernähe zu orientieren und sprach sich noch einmal für einen fairen Wahlkampf aus. Er selber wolle im Wahlkampf niemanden persönlich beleidigen oder kränken. (Forts.) rö/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

46 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. PROCHASKA (ÖVP) warf der Sozialistischen Partei vor, Trennendes über das Gemeinsame zu stellen, den Bürger nicht zu fragen und ohne Federlesen Beschlüsse zu fassen. Sozialisten könnten mit der Partizipation nichts anfangen, der "Andere" ist ein Mensch zweiter Klasse für die Sozialisten. Sie regieren unter dem Motto "Alles fürs Volk, aber nicht mit dem Volk". Der Staat und die Institution gehe ihnen über alles. Anders die ÖVP: Ihr imponieren Menschen, die ihre eigenen Anliegen vertreten und nicht alles hinnehmen. Die ÖVP tritt für Aufgabenteilung in einer partnerschaftlichen Gesellschaft ein. Die Sozialisten haben sich zu einer Magistratspartei entwickelt. Stereotyp hört man: Es gibt in Wien keine Mängel. Personelle Werte wie Operbereitschaft, Nächstenliebe und Pflichtbewußtsein werden in einer sozialistischen Politik hintangestellt.

Mit dieser Wortmeldung ging die Debatte über die Mitteilung des Bürgermeister zu Ende. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Bildungsquiz für Senioren

=++++

47 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP brachte einen dringlichen Antrag betreffend die Unabhängigkeit des Presse- und Informationsdienstes ein. Ob diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wird, wird vor Ende der Sitzung behandelt.

GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) stellte den Antrag dem Verband Wiener Volksbildung zur Durchführung eines "Bildungsquiz für Senioren" einen einmaligen Förderungsbeitrag von 350.000 Schilling zu gewähren.

Zu diesem Punkt meldete sich GR. GAWLIK (SPÖ) zu Wort, der damit nach 18-jähriger Zugehörigkeit zum Wiener Gemeinderat seine Abschiedsrede hielt. Gawlik brachte eine Lanze für die ältere Generation, der auch selbst angehört und für die Kommunikation zwischen Alt und Jung. Er sagte, es genüge nicht, den älteren Menschen materielle Sicherstellung zu geben, sondern man müsse sie darüber hinaus am geistigen Leben teilnehmen und sie nicht in die Passivität absinken lassen. Gawlik bezeichnete es als Tragik jeder Generation, daß sie von ihrer Vorgeneration nicht lernen wolle und dadurch oft bittere Erlebnisse habe. Er verwies dabei auf den "Kreuzweg", den seine Generation gegangen sei, und der sie gelehrt habe, über alle ideologischen Grenzen hinweg auch das Gemeinsame im Auge zu behalten. Aus seiner Erfahrung heraus forderte er die Jüngeren auf, einerseits das demokratische System von Regierung und Opposition beizubehalten, andererseits aber stets den Blick auf das Gemeinsame im Auge zu haben und Anfängen faschistischer Tendenzen zu wehren. Gawlik wünschte dem Gemeinderat weiterhin eine erfolgreiche Arbeit für Wien und verabschiedete sich - wie er sagte, im Sinne der Konsensbereitschaft, die er immer hatte - mit dem Gruß "Grüß Gott in aller Freundschaft".

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

(Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Subvention Amerlinghaus

=++++

48 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. HANKE (SPÖ) stellte den ANTRAG eine Subvention in Höhe von 2,3 Millionen für den Verein Kulturzentrum Spittelberg zur Führung des Kommunikationszentrums im Amerlinghaus zur Verfügung zu stellen.

GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) gab die Zustimmung ihrer Fraktion bekannt, stellte jedoch die Frage, ob die Höhe der Subvention gerechtfertigt sei. Laut Auskunft von Kennern des Amerlinghauses würden die Veranstaltungen zunehmend gemieden, während die Verwaltung den Großteil des Geldes verschlingt. Außerdem habe die "Alternative Liste Österreich" das Amerlinghaus als ständige Adresse angegeben.

GR. Hildegard WONDRATSCH (SPÖ) freute sich, daß die Volkspartei, die bisher immer die Subvention für das Amerlinghaus abgelehnt hat, diesmal zustimmt. Die Rednerin verwies darauf, daß das Amerlinghaus ein echtes Integrationszentrum geworden sei, in dem Kinder, Jugendliche, Senioren und Gastarbeiter eine Kultur- und Kommunikationsstätte gefunden haben. Es gibt zwischen 160 und 170 Veranstaltungen im Jahr, täglich werden 200 Besucher gezählt.

Einzelne Mitglieder der Alternativen Liste arbeiten fallweise im Amerlinghaus. Die Alternative Liste Wien hat das Amerlinghaus seit der Bekanntgabe ihrer Wahlwerbung nicht mehr als Treffpunkt angegeben.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (43)

Utl.: Wohnhaus Quellenplatz

=++++

49 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. MICHALICA (SPÖ) beantragte die Errichtung eines städtischen Wohnhauses am Quellenplatz 4 in Favoriten mit 35 Wohnungen, 6 Geschäftslokalen, einer Ordination, Waschküche und Tiefgarage mit einem Gesamtaufwand von 42,5 Millionen zu genehmigen.

GR. ARTHOLD (ÖVP) erklärte, daß in diesem Fall ein durchaus erhaltungswürdiges Althaus von der Gemeinde Wien abgerissen wurde, statt in so einem Fall beispielgebend für private Hausherren zu sein. 1973 wurde dem damaligen privaten Hauseigentümer die Abbruchgenehmigung nicht erteilt, der daraufhin das Haus an die Gemeinde verkaufte. Es wurde mit Renovierungsarbeiten begonnen. 1976 erhielten die Hausbewohner die Aufforderung, sich für eine neue Wohnung anzumelden. Man stellte sie vor die Möglichkeit, entweder den 29fachen Zins zu zahlen oder einem Abbruch zuzustimmen. Kurz darauf wurde im Gemeinderatsausschuß der Abbruch beschlossen, obwohl noch Verhandlungen bei der Schlichtungsstelle im Gang waren.

Aus diesem Anlaß stellte GR. Arthold den ANTRAG, daß die Gemeinde Wien in Zukunft von ihrem Recht der Ersatzvornahme im Zuge von Bauaufträgen zur Erhaltung von Althäusern Gebrauch machen solle. Im Falle des wiederholten Unterlassens von notwendigen Erhaltungsarbeiten und des spekulativen Abbruchs von erhaltungswürdiger Althaussubstanz sollten die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten nach dem Stadterneuerungsgesetz zur Sanierung durch die Gemeinde Wien angewandt werden. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (44)

Utl.: Wohnhaus Quellenplatz

=++++

50 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Dieses Projekt werde den Quellenplatz architektonisch jedenfalls bereichern, stellte GR. LUDWIG (SPÖ) fest. Die ÖVP zeige hier, daß sie von Stadterneuerung immer nur spreche - auch dieser Fall sei dem Sinne nach Stadterneuerung. Das Haus wurde 1976 von der Gemeinde Wien erworben, der Privatbesitzer war vor allem an einem Verkauf interessiert. Der Abbruch wurde 1978 im Gemeinderatsausschuß einstimmig beschlossen. Im Haus gab es nur wenige gute Wohnungen, eine völlige Sanierung war laut mehreren Gutachten wirtschaftlich nicht vertretbar. Auch die Mieterversammlung habe sich mehrheitlich gegen eine Renovierung ausgesprochen. Es wurden alle Möglichkeiten ausgenützt, alle Mieter wurden zum Großteil mit besseren Wohnungen versorgt, auch den Geschäftsinhabern wurden Ersatzlokale zur Verfügung gestellt.

In seinem Schlußwort stellt GR. MICHALICA fest, daß es sich hier jedenfalls um keine Spekulation gehandelt habe, und wies darauf hin, daß ein Programm für die Instandsetzung städtischer Althäuser bestehe.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen, der ÖVP-Beschlußantrag dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (45)

Utl.: Sonnenhaus

=++++

51 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. RAUTNER (SPÖ) beantragte die Erhöhung eines Sachkredites für das städtische Wohnhaus, das als "Sonnenhaus" auf dem Flötzersteig im 14. Bezirk errichtet wird. Die städtische Wohnhausanlage wird 23,8 Millionen S kosten.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) kritisierte die lange Bauzeit. Der Magistrat sei nicht in der Lage, ein Bauvorhaben termingerecht durchzuführen. Der Standort der acht Reihenhäuser sei bedenklich. Es mußten ein Kanal und eine eigene Trafostation errichtet werden. Außerdem wird in Zukunft die Flötzersteigstraße in zwölf Meter Entfernung an der Wohnhausanlage vorbeigeführt. Die Planungen gehen schon auf das Jahr 1978 zurück. Die Kosten einer Wohnung betragen derzeit 1,6 Millionen Schilling. GR. MAYR kritisierte außerdem den schlechten Bauzustand des Gemeindebaues im 2. Bezirk, Tandelmarktgasse. Das 1929 errichtete Haus sei seit Jahren verwahrlost, im ersten Geschöß steht ein Kindergarten leer.

GR. Rautner wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß gegenüber der ursprünglichen Planung von sechs Einfamilienhäusern zwei weitere Häuser dazugekommen sind. Außerdem habe es Materialpreis- und Lohnsteigerungen gegeben und ein Bauunternehmen ist in Konkurs gegangen. Es handle sich um Modellhäuser der Stadt Wien, wo ein Versuch mit alternativer Energie gestartet wird.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (46)

Utl.: U-Bahn-Bau

=++++

52 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. RIEDLER bat um die Genehmigung eines Sachkredites in der Höhe von 1.650.000.000 S für den Ausbau der U 3 zwischen Landstraßer Hauptstraße und Gigergasse. Der Teilbetrag für 1983 beträgt 10 Millionen.

GR. Dipl.Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) sagte, er begrüße generell den forcierten Ausbau der U-Bahn, er sei jedoch gegen die in diesem Bereich vorgesehene offene Bauweise. Diese bedeute eine große Beeinträchtigung der Wohnqualität der Anrainer. Er wisse um verschiedene Argumente für die offene Bauweise, doch seien letzten Endes alle technischen Probleme, wie etwa die Gefahr von Setzungsschäden an Häusern bei geschlossener Bauweise lösbar. Im Interesse der Anrainer sollte man die Tunnelbauweise bevorzugen.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) wies zunächst darauf hin, daß die ÖVP schon immer für den U-Bahn-Bau war. Diesem Akt könne sie jedoch nicht zustimmen, da die Unterlagen absolut nicht ausreichend seien und der Verdacht auf mangelhafte Planung durchaus begründet sei. Mit keinem Wort würden in dem Akt überdies die begründeten Einwände von Landstraßer Bürgern und Geschäftsleuten sowie der Bezirksvertretung Landstraße, die einstimmig für die geschlossene Bauweise stimmte, erwähnt. Kauer sagte, aufgrund des Planungswirrwarrs bei der U 3, sowie der geplanten Umleitungen durch reine Wohngebiete sei die Bevölkerung zu Recht beunruhigt. Es sei symptomatisch für die Politik der SPÖ, daß sie sich über alle Bedenken hinwegsetze und dieses Geschäftsstück beschließe, ohne die davon Betroffenen anzuhören. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (47)

Utl.: U-Bahn-Bau

=++++

53 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. SALLABERGER (SPÖ) wunderte sich darüber, daß die ÖVP im Gemeinderatsausschuß Straßen, Verkehr und Energie zugestimmt hat und nun plötzlich dagegen ist. Die U-Bahn sie für den 3. Bezirk nötig. Täglich gibt es 60.000 Ein- und Auspendler. Auf der Landstraße gibt es viele Arbeitsplätze. Energisch wies SALLABERGER die Vorwürfe zurück, daß die Diskussion über die Bauweise der U 3, zur Frage ob offene Bauweise oder Schildvortrieb, abgewürgt werde. Es gab zahlreiche öffentlichen Diskussionen, Bürgerversammlungen, Bezirksvertretungssitzungen. Das Argument, daß bei geschlossener Bauweise der Verkehr auf der Landstraße ungestört sei, stimme nicht. Dazu kommt die Forderung der ÖVP, oberhalb des Stationsbauwerkes Tiefgaragen zu errichten. "Das ist bei geschlossener Bauweise unmöglich", betonte GR. SALLABERGER. Da das Stationsbauwerk zwischen Invalidenstraße und Gärtnergasse in offener Bauweise errichtet werden muß, bleiben für die Strecke Beatrixgasse - Weyrgasse 200 bis 250 Meter über, diese Strecke mit Schildbauweise zu bauen wäre ein "Schildbürgerstreich".

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) verwies im Schlußwort darauf, daß für die Detailplanung bei einem derartigen Bau das Rohbauwerk die Voraussetzung sei. Insoferne sei der Vorwurf von GR. Mag. KAUER bezüglich der Detailplanung nicht zutreffend. Die Kritik an der Finanzierung sei ebenfalls unberechtigt, da der Bund die Hälfte der Baukosten trägt. Aus dem Akt gehe auch hervor, daß Baubeginn November 1983 ist.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (48)

Utl.: General-Motors

=++++

54 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEIDINGER (SPÖ) stellte den ANTRAG, der Firma General-Motors-Austria eine Unterstützung in der Höhe von 38,9 Millionen S für die geplanten Investitionen zu gewähren.

Es sei unverantwortlich, einem amerikanischen Multi Steuergelder in den Rachen zu werfen, wo österreichische Klein- und Mittelbetriebe das Geld viel nötiger hätten, erklärte GR. NEUMANN (ÖVP). Das Projekt koste den österreichischen Steuerzahlern bisher 2,6 Milliarden S, die jetzige Subvention solle anscheinend eine Kündigungswelle verhindern. Da bis jetzt nur 1.750 Arbeitsplätze verwirklicht wurden, komme ein Arbeitsplatz auf 1,4 Millionen Subvention statt wie üblich auf eine Millionen Schilling. Die Aufträge an die österreichische Wirtschaft seitens General-Motors seien zu gering, dafür müßten die Österreicher Sparbuchsteuer, Urlaubs- und Weihnachtsgeldbesteuerung und Mietenerhöhungen hinnehmen. (Stadtrat Mayr (SPÖ) erhält für den Zwischenruf "Das ist plumpe und dumme Demagogie" vom Vorsitzenden des Gemeinderates einen Ordnungsruf.) So lange es das GM-Werk in Aspern geben werde, wird es auch immer wieder Subventionen geben müssen, prophezeite GR. Neumann. Das sei sozialistische Wirtschaftspolitik in Reinkultur - Sauriern und Multis werde das Geld nachgeschmissen. Die ungleiche Behandlung von österreichischen Klein- und Mittelbetrieben sei eine schlichte Provokation, erklärte GR. Neumann abschließend. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (49)

Utl.: General Motors

=++++

55 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Grund für die neuerliche Subvention sei eine Ausweitung der Produktionspalette durch General Motors, die in Zukunft auch 1.300 Kubikzentimeter-Motoren und Fünfganggetriebe erzeugen werden, erklärte GR. PÖDER (SPÖ). GM wird dafür 700 Millionen investieren, Stadt Wien und Bund werden gemeinsam ein Sechstel dieser Summe als Subvention geben, wofür eine vertragliche Verpflichtung besteht.

Es handelt sich beim GM-Werk um ein gewaltiges Projekt zur Sicherung von Arbeitsplätzen. 7,4 Milliarden Schilling wurden von General Motors für die Errichtung des Werkes aufgewendet, 42 Prozent davon gingen direkt in die österreichische Wirtschaft. Mit dem Vollbetrieb - spätestens im Herbst 1983 - werden fast 3.000 Arbeitnehmer bei General Motors beschäftigt sein, derzeit sind es bereits 2.099. Mit den in Österreich getätigten Investitionen werden indirekt weitere 4.000 Arbeitsplätze gesichert. In wenigen Jahren würden über Steuern und Investitionen sämtliche Subventionen wieder zurückfließen.

Stadtrat MAYR stellte fest, es sei nicht denkbar, daß eine Firma so hohe Investitionen tätigen und danach das Werk wieder aufgeben würde. Zwei Drittel des durch die Subvention erschlossenen Geländes stünde noch als Industriegrund zur Verfügung. Die weiteren Ausbaustufen würden mit wesentlich geringeren Beträgen als die Erschließung gefördert werden, wie im jetzigen Fall mit einem Sechstel statt einem Drittel.

Die ÖVP lehne anscheinend Betriebsansiedlungen in Wien grundsätzlich ab, wenn nicht auch Niederösterreich davon profitiere, erklärte Mayr. Die Rede von GR. Neumann bezeichnete Mayr als Schande für den Gemeinderat. "Wir werden dafür sorgen, daß Wirtschaft und Industrie sich in dieser Stadt trotzdem weiterentwickeln", schloß Mayr. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (50)

Utl.: General Motors

=++++

56 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP sei nicht gegen die Ansiedlung eines großen Industriebetriebes, aber gegen seine Bevorzugung, stellte StR. NEUSSER (ÖVP) fest. Um eine gute Wirtschaftsstruktur zu erzielen, dürfe man einzelne Betriebe nicht so offensichtlich bevorzugen. Die SPÖ habe dem General Motors-Konzern große Geschenke gemacht, um den Wunsch des Bundeskanzlers zu erfüllen und in Österreich ein Autowerk aufzuziehen. Bei General Motors werden hundert Lehrplätze außerhalb der Verordnungen des Sozialministers gefördert. Um die Lehrplatzförderung habe es ein langes Ringen zwischen den Parteien gegeben. StR. Neusser bezeichnete es als reine Wahlpropaganda der SPÖ diese Lehrplatzförderung nun als Erfolg der Sozialisten hervorzuheben. StR. Mayr habe von 10.000 bis 12.000 Arbeitsplätzen durch General Motors gesprochen. Tatsächlich sind es derzeit nur 4.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Die ÖVP hat erwartet, daß General Motors mehr Zulieferungen aus Österreich bezieht und sieht sich in ihren wirtschaftlichen Hoffnungen enttäuscht. Es sei ein großes Risiko, daß General Motors mit den Zulieferfirmen nur Einjahresverträge abschließt. Es erhebt sich die Frage, ob sich dieser Aufwand ausgezahlt hat. Förderungsmittel in dieser Höhe angewendet, hätten bei Klein- und Mittelbetrieben den gleichen Erfolg gebracht.

In seinem Schlußwort stellte GR. KNEIDINGER (SPÖ) fest, daß ein Arbeitsplatz bei General Motors mit 780.000 Schilling gefördert wird. Als es darum ging, bei der Firma Legat Arbeitsplätze in Niederösterreich zu sichern, war die ÖVP einverstanden. Man habe den Eindruck, daß die Wiener ÖVP überall in Österreich für Arbeitsplätze eintrete, nur nicht in Wien.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

(Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (51)

Utl.: Kleingartendebatte

=++++

57 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEIDINGER (SPÖ) beantragte die Übernahme einer Ausfallsbürgschaft bis zu einem Gesamtbetrag von 700 Millionen Schilling für Darlehen an Kleingärtner, die im Rahmen der kommenden Kleingartenaktion angesiedelt werden sollen.

GR. GLÜCK (ÖVP) erklärte, er sei für diese Kleingartenaktion, er sei jedoch dagegen, daß die Finanzierung der Grundkäufe für neue Gärten auch aus einer Erhöhung des Pachtschillings bestehenden Kleingärten um 2 Schilling pro Quadratmeter im Jahr finanziert werden soll. Der Pachtschilling hat sich ohnedies in den letzten fünf Jahren um rund 600 Prozent erhöht. GLÜCK stellte den ANTRAG, die vorgesehene Pachtschillingerhöhung nicht vorzunehmen.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) verwies darauf, daß die Sozialisten schon immer die Kleingartenbewegung gefördert haben. Zur Aussage von Glück, daß nun alle Kleingärtner mehr zahlen müssen, sagte Svoboda, dies sei nicht richtig. Bei wirklich bedürftigen älteren Menschen, wo kein Eintrittsberechtigter da ist, kommt diese Kostenerhöhung jedenfalls nicht zum Tragen. Svoboda verwies darauf, daß gerade mit der neuen Kleingartenaktion wieder für viele Menschen die Möglichkeit geschaffen wird, kostengünstig zu einem Stück Grün zu kommen.

In seinem Schlußwort erklärte GR. KNEIDINGER, sein Antrag befasse sich zwar ausschließlich mit dem Darlehen, er empfehle aber trotzdem die Zuweisung des ÖVP-Antrages.

ABSTIMMUNG: Die Übernahme der Bürgschaft wurde einstimmig angenommen, der Beschlußantrag der ÖVP wurde den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. (Schluß) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (52)

Utl.: Stadtkino

=++++

58 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. MAYRHOFER (SPÖ) stellte den ANTRAG, den Kammerlichtspielen am Schwarzenbergplatz, bekannt unter dem Namen Stadtkino, eine Subvention für das Betriebsjahr 1983 in Höhe von 2,5 Millionen zu gewähren.

StR. GOLLTER (ÖVP) lehnte dies für seine Fraktion ab. Bei der Beteiligung des Wiener Kunstvereins mit 30 Prozent am Wiener Stadtkino habe Kulturstadtrat Zilk zugesichert, daß künftig keine Subventionen nötig sein werden. Es wurde auch seitens der Gesellschaft keine Abgangsdeckung vorgelegt. Der Betrag, der bisher für das Stadtkino aufgewendet wurde, mehr als 7,8 Millionen, ist höher als die jährliche Filmförderung. StR. GOLLER regte an, für Kinos, die anspruchsvolle Filme anbieten, Prämien zu geben. Die Subvention ist zu einseitig und nur auf das betreffende Kino, eben das Stadtkino, zugeschnitten.

GR. MAYRHOFER bedauerte die Ablehnung. Das Stadtkino decke ein kulturelles Bedürfnis, das von kommerziellen Betrieben nicht befriedigt werden kann.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

(Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (53)

Utl.: Kurier-Gründe

=++++

59 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. ROSENBERGER (SPÖ) beantragte eine zeitlich begrenzte Bausperre im 7. Bezirk im Bereich Lindengasse.

GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) lehnte die Bausperre ab. Seit 1980 sei bekannt, daß die Kurier-Druckerei verlegt wird. Seit damals wäre Zeit gewesen, Überlegungen über die weitere Zukunft anzustellen. Die zeitlich begrenzte Bausperre bedeutet für die Bewohner des Gebietes eine Unsicherheit.

GR. BROSCHE (SPÖ) verwies darauf, daß allein der Aktenlauf eine Verzögerung um ein dreiviertel Jahr mit sich gebracht hat. Den Vorwurf, daß die Bausperre aus parteipolitischen Gründen verhängt werde, lehnte er ab. Seiner Ansicht nach versucht das Kuriermanagement das Optimum aus der Verwertung des Grundstückes herauszuholen. Auch im Zusammenhang mit der Trassenführung der U 3 müsse Vorsicht walten.

Bezirksvorsteher KARRER, 7. Bezirk (ÖVP), verwahrte sich gegen den Vorwurf der Verzögerungstaktik. "Nur eine Bausperre ohne Planung ist mir zu wenig". Der 7. Bezirk ist der ärmste Wiener Bezirk an Grün- und Sportflächen. Die Bevölkerung ist verängstigt, nur zehn Prozent der Fläche, über die die Bausperre verhängt wird, ist Kurier-Gelände. "Was wird mit den anderen 90 Prozent gemacht?", fragte KARRER. Die Bevölkerung ist verängstigt, die Leute wissen nicht, ob sie in ihre Wohnungen investieren sollen. Für mich ist die Bausperre eine kalte Enteignung."

GR. ROSENBERGER (SPÖ) meinte, von Enteignung könne keine Rede sein. Die ÖVP-nahe Kurier-Gesellschaft möchte doppelt verdienen. Zuerst bei der Unterstützung für das neue Betriebsareal in Liesing und dann durch den Grundstücksverkauf in Wien 7.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (54)

Utl.: Pflegeheimkommission

=++++

60 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria SZÖLLÖSI (SPÖ) präsentierte den Bericht der Pflegeheimkommission. Diese Kommission wurde 1980 gegründet und bestand aus zehn SPÖ- und fünf ÖVP-Gemeinderäten. Sie hatte die Aufgabe, unangemeldete Besuche in den Pflegeheimen durchzuführen. GR. Szöllösi stellte fest, daß in allen Pflegeheimen wesentliche Instandsetzungen durchgeführt werden. Auch auf dem Gebiet der Aktivierung der alten Patienten wurde einiges geleistet, als Beispiel kann das "Patienten-Cafe" im Pflegeheim Lainz gelten. In Gesprächen mit den Heimbewohnern habe sich gezeigt, daß die meisten bis auf einige Kleinigkeiten mit ihrer Unterbringung zufrieden sind. Der Bericht der Pflegeheimkommission kommt zu dem Schluß, das Menschlichkeit und Verständnis für die Probleme alter Leute wesentliche Faktoren auf dem Gebiet der Betreuung in Pflegeheimen sind.

GR. DINHOF (SPÖ) verwies in einer kurzen Wortmeldung auf die angenehme Zusammenarbeit in dieser Kommission zwischen den Mitgliedern der Fraktionen und regte eine ähnliche Einrichtung für die nächste Legislaturperiode an.

In ihrem Schlußwort dankte GR. Szöllösi allen Mitgliedern der Kommission und anlässlich ihres Abschiedes vom Wiener Gemeinderat allen Fraktionen für die angenehme Zusammenarbeit.

ABSTIMMUNG: Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.
(Forts.) roh/ap

Wiener Gemeinderat (55)

Utl.: Auflösung des Gemeinderates

=++++

61 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) StR. NEKULA berichtete den Antrag, den Gemeinderat der Stadt Wien aufzulösen. Der Bürgermeister wird ersucht, die Neuwahl der Mitglieder des Gemeinderates und der Bezirksvertretungen so anzusetzen, daß diese am 24. April 1983 durchgeführt werden kann.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (56)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

62 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. PROCHASKA (ÖVP) verlas den dringlichen Antrag der ÖVP betreffend Unparteilichkeit der Rathausinformation. Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky habe sich dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe vom 2. März 1977 über die Grundsätze und Grenzen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung angeschlossen. In Zeiten der Wahlauseinandersetzungen sei besondere Zurückhaltung in der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung geboten, besonders bei der Herausgabe von sogenannten Arbeits-, Leistungs- und Erfolgsberichten. Da seit Bekanntgabe der Vorerlegung der Wiener Wahlen ein massives Zunehmen von Publikationen der Stadt Wien festzustellen ist, stellte die ÖVP folgenden dringlichen Antrag:

"Der Herr Bürgermeister wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die im Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an die Mitglieder der Bundesregierung dargelegten Grundsätze des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe auch im Bereich der mit Steuergeld finanzierten Rathausinformation angewendet werden.

Der Herr Bürgermeister wird überdies aufgefordert, zu veranlassen, daß die durch die bereits erfolgte Verletzung der Unparteilichkeit entstandenen finanziellen Kosten im Bereich der Rathausinformation der Stadt Wien von der SPÖ-Wien ersetzt wird.

GR. FURST (ÖVP) begründete die Dringlichkeit des Antrags. Seit Bekanntgabe der Wahlzusammenlegung habe der Presse- und Informationsdienst eine Flut von Propagandamaterial losgelassen. Dabei wird Steuergeld zur parteipolitischen Werbung mißbraucht.

(Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (57)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

63 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) In den letzten Tagen ist ein umfangreicher Leistungsbericht fertiggestellt worden, stellte GR. FÜRST (ÖVP) fest. Diese Bilanz wurde in Tag- und Nachtschicht fertiggestellt, um den Delegierten zur Wiener Konferenz der SPÖ rechtzeitig auf dem Tisch zu liegen. Dies widerspricht den Intentionen des Bundeskanzlers. In der Bilanz wurde nicht erwähnt, wieviel Geld die Rathausinformation seit 1973 ausgegeben hat. Es ist rund eine Milliarde Schilling. Die Vorverlegung der Wiener Wahl wurde mit der Einsparung von vielen Millionen Schilling begründet. Nun gibt der Presse- und Informationsdienst jedoch Millionen aus, die besser zur Sicherung der Arbeitsplätze verwendet und nicht Wahlpropaganda verschwendet werden sollten.

ABSTIMMUNG ÜBER DRINGLICHKEIT: Einstimmig angenommen.

ABSTIMMUNG ÜBER DIE BEHANDLUNG AM HEUTIGEN TAG:

Einstimmig angenommen.

(Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (58)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

64 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat GOLLER (ÖVP) erklärte, mit der Übernahme des PID im Jahr 1973 durch Stadtrat Schieder, habe die Verpolitisierung dieser Abteilung begonnen. Als Beispiel nannte Goller ein Plakat der Aktion "Ganz Wien trägt Grün" im Jahr 1981, daß die Pflanzung von 500.000 Bäumen ankündigt. Dieses Plakat sei keine Information, sagte Goller, sondern eher eine Täuschung, da bis heute erst rund 20.000 Bäume gepflanzt worden seien. Anschließend ging Goller auf die vom Presse- und Informationsdienst in den letzten Wochen hergestellten Bilanzbroschüren ein, und sagte, daß auch diese mehr der Propaganda als der Information dienen würden. Daher sei es nicht korrekt, wenn diese Broschüren aus Steuermitteln finanziert werden. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (59)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

65 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) bekannte sich grundsätzlich zur Öffentlichkeitsarbeit. Bedenklich finde er es aber, wenn wenige Wochen vor Wahlen aus Mitteln der Steuerzahler Öffentlichkeitsarbeit in überhöhtem Ausmaß betrieben wird. Es komme ihm auch penetrant vor, wenn zum Beispiel in der Chronik im Dezember 1982 nur mehr der Bürgermeister GRATZ vorkommt.

"Öffentlichkeitsarbeit ist in einer Demokratie nötig, es ist damit aber auch ein breites demokratisches Spektrum abzudecken". Damit der Eindruck parteipolitischer Werbung vermieden wird, sollte man in Vorwahlzeiten nicht übermäßig publizieren. Er habe Verständnis dafür, daß geringe Leistungsberichte und hoher Propagandaaufwand in einem Zusammenhang stehen. Als Opposition könne die Freiheitliche Partei dem Propagandaaufwand aber nicht zustimmen.
(Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (60)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

66 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Die Opposition habe in ihrem dringlichen Antrag das Urteil des deutschen Verfassungsgerichtshofes unzulässig verkürzt, erklärte Stadtrat SCHIEDER (SPÖ). Es ist Staatsorganen untersagte, durch unzulässige Wahlwerbung die Entscheidung des Wähler zu beeinflussen weil dadurch das Recht der politischen Partei auf Chancengleichheit verletzt wird. Anzeichen für eine unzulässige Wahlwerbung sind der fehlende Anlaß und der gesteigerte Einsatz öffentlicher Mittel, was in Wien nicht zutrefte, da die Mittel im Rahmen des vom Gemeinderat genehmigten Budgets zur Verfügung stünden. Das Urteil des deutschen Verfassungsgerichtshofes schließe an mehrere ähnliche Urteile an, und es gebe bereits eine Reihe von Kommentierungen, die sich zum Großteil zur Informationspflicht öffentlicher Organe bekennen.

Auch beim Kreisky-Zitat im dringlichen Antrag der ÖVP seien wesentliche Teile weggelassen worden: Auch Kreisky habe auf die Notwendigkeit der Öffentlichkeitsarbeit hingewiesen, um dem Bürger die Teilhabe am Staatsgeschehen durch Kenntnis der Zusammenhänge zu ermöglichen.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Wien stellt Beschlüsse durch den Gemeinderat und darauffolgende Maßnahmen der Verwaltung dar. In diesem Zusammenhang sei es unerheblich, durch welche Parteien die Beschlüsse im Gemeinderat zustande gekommen sind. Es liege in der Natur der Zusammensetzung des Gemeinderates, daß nur über Beschlüsse und daraus entsprechenden Maßnahmen, denen die SPÖ zugestimmt hat, berichtet werden könne.

Zur Aktion "Wien ist ein guter Platz zum Leben", stellte Schieder fest, jede Stadt müsse das Recht haben, sich in positiver Weise darzustellen. Zur Frage nach dem Verbleiben der angekündigten 500.000 Bäume sagte Schieder, im Jahre 1981 wurden mehr als diese Anzahl von Bäumen gepflanzt, der Großteil davon, nämlich mehr als 450.000, vom Forstamt der Stadt Wien. Stadtrat Schieder gab dazu die von der Opposition geforderte genaue Aufschlüsselung dieser Baumpflanzungen. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (61)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

67 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Es ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Stadtverwaltung, Informationen zu geben, stellte StR. SCHIEDER fest. In der Wandzeitung "Wien - ein guter Platz zum Leben" erfahren beispielsweise die Kinder, wo sie Eislaufen und Schi fahren können, wann die Bäder offen sind, welche Rodelhügel es gibt und so weiter. Ist das alle Propaganda, fragte Schieder? Die Informationsarbeit schafft die Möglichkeit, Serviceleistungen oder soziale Hilfsangebote der Stadt zu nützen. Zum "Wien-aktuell-Wochenblatt" stellte Schieder fest, daß alle Parteien die Möglichkeit haben, sich in diesem Blatt selbst darzustellen.

Zur Bilanz-Postwurfsendung: auch hier stellt sich wieder die Frage, wo es Propaganda gibt. Es wird über das Vollbeschäftigungsprogramm berichtet, über neue Kleingärten, über Heimhelferinnen und über zahlreiche Dinge, die die Stadtverwaltung für die Menschen in dieser Stadt ermöglicht.

Die ÖVP hat einen dringlichen Antrag gestellt, welcher jeder Dringlichkeit entbehre. Denn selbst wenn die Bilanzbroschüren ein Arbeits-Leistungs- oder Erfolgsbericht wären, sind sie veröffentlicht worden, bevor das Wahlkampfübereinkommen seine Gültigkeit hat. Dieses Wahlkampfübereinkommen der drei Parteien gilt ab 25. Februar.

Zur Frage, wer die Broschüren erhält: StR. Schieder wies darauf hin, daß er noch vor der Wiener Konferenz den Klub der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ die Broschüren zugeschickt habe, mit dem Angebot, weitere Exemplare zur Verfügung zu stellen.

(Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (62)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

68 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Zur Kritik an der Fotoserie der Mitglieder des Wiener Stadtsenats wandte StR SCHIEDER ein, daß das jüngste Foto von Vizebürgermeister Dr. Busek hergestellt worden sei. Das Porträt von Bürgermeister Gratz sei vor Jahren das letzte Mal auf Plakaten zu sehen gewesen. Wien sei in der Persönlichkeitspropaganda zurückhaltender und bei den Werbekosten sparsamer als die anderen Bundesländer. (Forts.) ba/fe

Wiener Gemeinderat (63)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

69 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Schieder wandte sich gegen unseriöse Vergleiche der Rathausinformation mit anderen Bundesländern. Auch hier, so Schieder, biege sich die ÖVP die Argumente zurecht, bis sie ihrer Absicht entsprächen.

Schieder wies darauf hin, daß die Öffentlichkeitsarbeit in den nächsten Monaten völlig der eines normalen Frühjahres entsprechen werde. Zusätzlich werde es nur einen Postwurf mit dem Wahlservice sowie weitere Informationen im Rundfunk über den Wahlvorgang selbst geben. Ansonsten werden über stattfindende Ereignisse wie etwa "Wien im Blumenschmuck", die Wiener Festwochen, die Fertigstellung eines Radweges oder eines Hallenbades informiert.

Aufgrund der zahlreichen Zwischenrufe der ÖVP stellte Schieder die Ernsthaftigkeit der Debatte in Frage. Er habe vorgehabt, so Schieder, aufgrund einer dringlichen Anfrage über die Grenzen der Öffentlichkeitsarbeit zu sprechen. Nun sehe er, daß es der ÖVP ausschließlich um Gags gehe. Dazu hätte es keiner dringlichen Anfrage bedurft.

Kritik an sich selbst - als Politiker - sei er jeder Zeit bereit, zu akzeptieren, sagte Schieder. Wogegen er sich wende, seien Methoden wie die, durch Strafanzeigen gegen die Mitarbeiter des PID diese zu kriminalisieren. Das müsse er aufs Schärfste zurückweisen. Wenn die ÖVP damit vielleicht eine Einschränkung der Informationsarbeit erzwingen wolle, so werde ihr das nicht gelingen. Denn die Mitarbeit des PID seien gerne für diese Stadt tätig, weil sie sich eben zu dieser Stadt bekennen. Und letzten Endes werde in der Arbeit des PID immer nur dargestellt, was in der Stadt Wien geschehe. Diese Arbeit stehe absolut im Einklang mit dem Auftrag des Presse- und Informationsdienstes. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (64)
Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

70 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR FÜRST (ÖVP) erklärte, er sei nicht der Meinung von StR Schieder, daß die Sache von der ÖVP ins Lächerliche gezogen wurde. "Wir sind der Meinung, daß mit Steuermitteln keine Propaganda betrieben werden soll."

Die Bediensteten der Rathausinformation sind zur Unparteilichkeit verpflichtet. "So weit, daß Mehrheitspolitiker die Erhebungen der Staatsanwaltschaft zurückweisen, sind wir noch nicht. Sie verlangen eine Arbeit, die die Gesetze der Unparteilichkeit verletzt. Die Forderung nach Unparteilichkeit ist von Journalisten des Pressedienstes zu erfüllen."

Aus einer Anfragebeantwortung von StR Schieder gehe hervor, daß in den Jahre 1981 und 1982 19.636 Bäume gepflanzt worden seien, fuhr GR Fürst fort, es fehlen daher 480.364 Bäume auf die angekündigte halbe Million. "Gepflanzt wurden lediglich 1,6 Millionen Wiener."

Es ist richtig, so Fürst, daß StR Schieder auch der ÖVP-Fraktion die Bilanzbroschüren angeboten hat. Sie wurden gleichzeitig, nämlich um 16.30 Uhr, auch der SPÖ angeboten. Und um 19 Uhr waren die Broschüren bereits beim Parteitag der SPÖ in Oberlaa eingetroffen. "Rathausbeamte mußten also Überstunden machen, damit die Bilanzbroschüren rechtzeitig beim SP-Parteitag in Oberlaa eintreffen."

Er sehe eine Gleichschaltung von Wien-aktuell-Wochenblatt mit der Sozialistischen Propaganda, hob Fürst hervor. "Das ist ein ständiger Mißbrauch von Steuergeldern für parteipolitische Zwecke. Wir ziehen sie heute dafür zur Verantwortung." (Forts) fk/fe

NNNN

Wiener Gemeinderat (65)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

71 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) "Wir wenden uns dagegen, daß unser aller Geld für die SPÖ gebraucht wird", fuhr FÜRST fort. "An der Demokratie sparen sie mit der Vorverlegung der Wahlen aber für die Rathausinformation werfen sie Millionen hinaus".

Der Antwort von StR. Schieder über weiteres Informationsmaterial des Presse- und Informationsdienstes im Frühjahr entnehme er, daß das Geld, daß für Parteipropaganda aufgewendet werden soll, bereits ausgegeben ist. Damit sei der erste Punkt des Antrages erledigt.

Die Rathauspropaganda im Dienst der SPÖ macht einen Betrag von rund 26 Millionen aus. Fürst zählte auf: Wien aktuell-Wochenblatt, Plakatserie, Bilanzbroschüren. "Die Sozialistische Partei Wiens soll die mißbrauchten Millionen zurückzahlen", forderte Fürst abschließend. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (66)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

72 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Der dringliche Antrag der ÖVP sei vermutlich nur ein Alibiakt im Zusammenhang mit der Strafanzeige gegen die Redakteure des PID, sagte GR. OUTOLNY (SPÖ). Die Redakteursversammlung des PID habe die Unterstellungen von GR. FÜRST in einer Aussendung eindeutig zurückgewiesen. Fürst habe sich anscheinend, seit er im betreffenden Gemeinderatsausschuß tätig ist, dem Pressedienst der Stadt Wien als Feindbild geschaffen. Der Spaß habe aber ein Ende, wenn wieder versucht wird, eine Skandalisierungskampagne loszulassen. Bei der Kriminalisierung der PID-Redakteure handle es sich um einen versuchten Wahlkampf im Gerichtssaal, was ein ganz mieser Stil sei.

Daß die ÖVP mit zweierlei Maß messe, zeigen folgende zwei Tatsachen: Erstens habe im Verfassungsausschuß im Parlament bei der Diskussion der Begrenzung der Wahlkampfkosten SP-Klubobmann Fischer vorgeschlagen, mit dem beginnenden Wahlkampf allen Gebietskörperschaften jede Informations- oder Propagandatätigkeit zu verbieten, was die ÖVP-Fraktion interessanter Weise abgelehnt habe, vermutlich im Hinblick auf ihre Landeshauptleute. Zweitens habe das Land Niederösterreich im Wahlkampf seines Landeshauptmannes Ludwig für eine Reihe von ganzseitigen Inseraten 100 Millionen Schilling ausgegeben. Besonders erwähnenswert sei, daß solche Inserate nicht nur in den Tageszeitungen, sondern auch in der rechtsradikalen Wochenzeitung "Die neue Ordnung" erschienen sei.

Abschließend forderte Gr. Outolny, man solle den Pressedienst in Ruhe seine sachliche und qualifizierte Arbeit tun lassen. (Forts.)
roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (67)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

73 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Zu zwei tatsächlichen Berichtigungen meldete sich StR. Schieder zu Wort. Erstens: GR. FÜRST habe einen Betrag von 26 Millionen Schilling für Informationsausgaben genannt. Die Kosten für diese Informationsausgaben machten jedoch 15 Millionen Schilling aus. Das ist eine schlichte Verschätzung von 11 Millionen Schilling.

Zweitens: Der Text einer ÖVP-Anfrage zu Baumpflanzungen hat gelautet: Wieviele Bäume wurden von der Stadt Wien 1982 gepflanzt? 1982 waren es weniger als 500.000, aber 1981 wurden 500.000 Bäume gepflanzt. In den letzten zehn Jahren wurden über zwei Millionen neue Baumpflanzungen durchgeführt.

Der ÖVP-Antrag wurde dem Gemeinderatsausschuß für Umwelt und Freizeit zugewiesen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (68)

Utl.: Schlußrede des Vorsitzenden

=++++

74 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Nach dem Abschluß der Debatte erklärte der Vorsitzende GR. MAYRHOFER, daß der Gemeinderat in dieser Sitzung seine vorzeitige Auflösung beschlossen hat. In der abgelaufenen Periode seit dem 13. November 1978 hat der Gemeinderat in 51 öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen mehr als 4.300 Geschäftsstücke beraten und beschlossen. 550 Sitzungen von Ausschüssen fanden in diesem Zeitraum statt, dazu kamen noch Sitzungen der Unterausschüsse und Kommissionen. Nur 200 Geschäftsstücke wurden im Gemeinderat nicht einstimmig beschlossen, was auf eine sachliche Arbeit hinweise. Die Mehrheitspartei hat in diesem Zeitraum den Auftrag ausgeführt, sagte Mayrhofer, die Opposition ist ihrer Aufgabe nachgekommen. Im gemeinsamen Interesse aller Wiener, so MAYRHOFER, solle die Arbeit des Gemeinderates auch in Zukunft fortgeführt werden. Die Sitzung des Gemeinderates wurde nach 14 1/2 Stunden Dauer geschlossen. (Schluß) gab/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

Intensiv-Förderungsgruppen für Schwerstbehinderte

Utl.: Autobus als Therapiemittel

=++++

16 #Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Im psychiatrischen Krankenhaus Ybbs wurde Donnerstag von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, ein von der Stadtgemeinde Ybbs zur Verfügung gestellter Autobus namens des Krankenhauses übernommen. Der Autobus wird künftighin als Übungsbus für eine Intensiv-Förderungsgruppe von schwerst geistig behinderten Menschen dienen und bei der Vorbereitung für Ausflüge außerhalb des Krankenhauses ebenso wie für Rehabilitationsübungen verwendet werden.#

Ebenfalls Donnerstag wurde von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher und dem Präsidenten der Wiener Arbeiterkammer Adolf Czettel im Foyer der Arbeiterkammer, 4, Prinz-Eugen-Straße 20 - 22, eine Ausstellung mit Bildern und Objekten von schwerst behinderten Patienten des psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe eröffnet. Die Arbeiten entstanden im Rahmen einer Aktivgruppe im Pavillon 18 des Krankenhauses. Stacher betonte im Rahmen der Eröffnung, daß selbst bei schwerst behinderten Patienten eine Förderung möglich ist. So gibt es in dieser Ausstellung unter anderem Bilder eines Patienten zu sehen, der nach vielen Jahren Hoffnungslosigkeit im Gitterbett mit Hilfe der kreativen Aktivitäten dieser Intensivgruppe mobilisiert werden konnte. Der Gesundheitsstadtrat wies ferner darauf hin, daß jeder siebente Mensch im Laufe seines Lebens zu mindestens einmal mit der Psychiatrie zu tun hat. Psychiatrie gehe daher jeden an, und das Interesse für die Anliegen der Betroffenen muß daher geweckt werden und erhalten bleiben.

Die Ausstellung in der Arbeiterkammer ist bis 11. März Montag bis Freitag von 9 bis 18 Uhr und Samstag von 9 bis 12 Uhr geöffnet.
(Schluß) zi/gg

NNNN

Wiens neue Rodelbahn liegt am Laaer Berg

=++++

23 Wien, 18.2. (RK-LOKAL) Wiens neue Rodelbahn, die auf Initiative von Freizeitstadtrat Peter SCHIEDER am Laaer Berg angelegt wurde, wird ab morgen, Samstag mittag, voll und ganz zur Verfügung stehen. Die Rodelbahn beginnt beim Ende des Böhmisches Praters und führt durch die Löwygrube bis zur Ostbahn. Sie ist jedoch nur für sportliches Fahren bestimmt, Kleinkinder sollten die Bahn nicht benützen, ebenso sind Plastikbobs u. ä. dafür nicht geeignet.

Die rund 400 Meter lange Bahn am Laaer Berg überwindet einen Höhenunterschied von 40 Metern. Die ersten Arbeiten zum Anlegen der Bahn - Geländemodellierungen usw. - wurden bereits im vergangenen Jahr durchgeführt. Nun wurde noch zusätzlicher Schnee hinggebracht, außerdem vereiste die Feuerwehr die neue Bahn.

Wer selbst keine Rodel besitzt, kann trotzdem auf der neuen Rodelbahn fahren: direkt am Start befindet sich ein Ausrüstungsverleih für Rodeln und Langlaufausrüstung, der ab Samstag täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet ist - jedenfalls, solange Schnee liegt.

Die Rodler sollten allerdings im eigenen Interesse einige Sicherheitsregeln beachten. Kleinkinder etwa sollen die Bahn nicht benützen - für sie stehen Rodelhügel in der Umgebung zur Verfügung. Auch die beliebten Plastikrodeln sind für die neue, sportliche Bahn absolut ungeeignet. Nach einem Sturz muß die Bahn sofort geräumt werden, ebenso soll ein Abstand von 20 Sekunden zwischen den einzelnen Fahrern eingehalten werden. Die Bahn darf auch nur vom Start weg benützt werden: wer in der Mitte einsteigt, gefährdet sich und andere.

Eine weitere Rodelbahn steht den Wienerinnen und Wienern auch am Gallitzinberg zur Verfügung.

Zwtl.: Ab Samstag sieben Loipen in Wien

Ab morgen Samstag ist in Wien auch die siebente Langlaufloipe fertig. Sie befindet sich im Donaupark und beginnt beim Parkplatz beim Donauturm. Die Langläufer können damit in der Bundeshauptstadt insgesamt 50 Kilometer Loipen benützen: am Cobenzl, im Südteil der Donauinsel und am Laaer Berg (jeweils mit Ausrüstungsverleih), auf den Steinhofgründen, im Prater (Beginn bei der Jesuitenwiese) und bei der Sophienalpe. Diese Loipen werden von der Stadt Wien auch ständig präpariert. (Schluß) hs/gg

Endgültiges Ergebnis der Volkszählung 1981

=++++

24 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Die nun festgestellten 1,531.346
Bewohner Wiens verteilen sich auf die Bezirke:

Gemeindebezirk	Wohnbevölkerung	Bürgerzahl
1.	19.537	17.986
2.	95.892	87.046
3.	86.054	78.024
4.	31.800	29.034
5.	52.436	46.737
6.	28.771	25.812
7.	29.490	26.332
8.	24.769	22.276
9.	45.314	40.830
10.	147.101	137.500
11.	65.859	62.674
12.	79.408	73.626
13.	55.331	52.686
14.	78.996	74.605
15.	70.066	61.668
16.	88.587	79.356
17.	49.337	43.846
18.	52.548	47.358
19.	67.522	63.265
20.	73.696	67.630
21.	116.033	112.937
22.	99.801	97.112
23.	72.998	69.583

Wien	1,531.346	1,417.923
=====		

(Schluß) en/gg

NNNN